

Newsletter Expertenplattform

Oktober 2018



Expertenplattform
Demographischer Wandel
in Sachsen-Anhalt

Abgehängte Regionen?

Sind die ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts abgehängt? Eine Studie im Auftrag der Bundesregierung kam Anfang 2017 zu diesem Ergebnis und sorgte für Furore. Ein Wissenschaft-Praxis-Workshop der Expertenplattform in Halle widmete sich dem Thema.

Dass das Thema (vermeintlich) abgehängter Regionen bewegt, zeigte sich an der hohen Resonanz von rund 80 Teilnehmern aus Wissenschaft, Kommunen, Landesverwaltung und Verbänden. Getagt wurde im IWH Halle, dessen Präsident **Reint E. Gropp** in seiner Begrüßung unter anderem darüber informierte, dass das IWH an einem **Well-being-Index** arbeite. Zudem verwies er auf eine IWH-Studie zu kommunalen Investitionen. „Viele Kommunen



investieren am Bedarf vorbei“, so sein Fazit. Vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen müssten insbesondere die Pro-Kopf-Kosten für Infrastruk-

Weitere Themen in dieser Ausgabe

Fachkräfte – Ungleichgewichte (OVGU)	5	Frühe Bildung (FFB)	18
Berufliche Integration Geflüchteter (ZSH) ...	7	Hochschulen und Stadtentwicklung (HoF)	19
Industrie 4.0 im Labor (IAF)	9	Innovative Kommunalentwicklung (IWE GK) ..	22
Senioren-Technik-Beratung (HS Harz)	10	Kommunale Investitionen (IWH)	24
Infrastruktur u. Konsum (MLU-Geografie).12		Jugend + Kommune (KinderStärken e.V.)	26
Technikgestützte Assistenz (HS Harz)	14	Mobilität im ländlichen Raum (KomZ)	29
Digitale Innovationen der Pflege (TDG)	16	Leben auf dem Land (MLU-Germanistik)	31

tur von den Kommunen stärker in den Blick genommen werden.

Antonia Milbert vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung lieferte die Einführung ins Workshopthema. „Abgehängte Regionen – mein Name ist inzwischen offenbar mit diesem Begriff verbunden, dabei finde ich ihn gar nicht passend“, schränkte sie gleich zu Beginn ein. Milbert hatte ungewollte Bekanntheit erreicht, nachdem sie für die Bundesregierung Anfang 2017 eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag beantwortete. Die Grünen hatten wissen wollen, welche Erkenntnisse die Bundesregierung über „abgehängte Regionen“ in Deutschland hat. Milbert identifizierte daraufhin **elf ländliche Regionen mit „sehr stark unterdurchschnittlichen“ Lebensverhältnissen** – den Begriff „abgehängte Regionen“ benutzte sie nicht.

Fünf der elf Regionen liegen in Sachsen-Anhalt: Altmarkkreis-Salzwedel, Stendal, Mansfeld-Südharz, Burgenlandkreis und Harz. Die Sendereihe „Abgehängte Regionen“ des DLF machte dann einige dieser Regionen auch bundesweit bekannt. Milbert selbst ist mit dem Begriff „abgehängt“ nicht glücklich: „Abgehängt sein bedeutet loswerden oder hinter sich lassen. Das aber geben unsere Daten nicht her.“ Vergleiche man die Zahlen mit dem Jahr 2000, hätten sich einige dieser Regionen wirtschaftlich durchaus positiv entwickelt.

Für „stark unterdurchschnittlich“ reichte es zudem aus, wenn vier der sechs untersuchten Bereiche Demografie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt unterentwickelt waren. Vor allem die Aspekte

Demografie, Arbeitsmarkt und Wohlstand führten damals zu dieser Einschätzung. Wohlstand werde von den Menschen in ländlichen Regionen aber mitunter anders erlebt als in städtischen Gebieten. Und im Bereich „Infrastruktur“, also z.B. ärztliche Versorgung und Anschluss an Autobahnen und Zugstrecken, seien die Regionen nicht stark unterdurchschnittlich versorgt. „Wir sind selbstkritisch mit diesem Messkonzept und wollen es überarbeiten.“

Es folgten drei Themenblöcke – Wirtschaftliche Entwicklung, Demografie und Demokratie sowie Lokale Entwicklungsstrategien –, jeweils mit einem wissenschaftlichen Input und zwei ‚Entgegnungen‘ von Praktikern. Sowohl die Referenten als auch **viele Diskussionsteilnehmer standen dem Begriff „abgehängt“ ablehnend gegenüber**. Abgehängt sei kein passender Begriff für die „territoriale Ungleichheit“, die mit demografischer Schrumpfung und struktureller, wirtschaftlicher Schwäche einhergeht. Auch strukturschwache Regionen wiesen häufig eine positive wirtschaftliche Entwicklung auf.

*Fünf von bundesweit elf Regionen
mit sehr stark unterdurchschnittlichen
Lebensverhältnissen liegen
in Sachsen-Anhalt*

„Abgehängt“ befeuert eine Kommunikation, die zugespitzt als Vertreibungskommunikation bezeichnet werden kann, be-

tonte **Hardo Kendschek** (empirica Leipzig). Auch könne man nicht defensiv denken und offensiv handeln. Das mit einer solchen Markierung geförderte (Selbst-)Wahrnehmungsproblem könne positive Entwicklungen hemmen. Der Begriff vermittle den Menschen, dass sie in einer nicht zukunftsfähigen Region lebten. „Wir mussten lange arbeiten, um diesen Stempel wieder loszuwerden“, berichtete etwa **Thomas Böhm**, Wirtschaftsde-

zernent des Burgenlandkreises. Auch wolle solchen Negativ-Sprech doch keiner mehr hören, so **Steffi Trittel**, Bürgermeisterin der Gemeinde Hohe Börde und Vorsitzende der Lokalen Aktionsgruppe Flechtinger Höhenzug.

Die in der öffentlichen Debatte als „abgehängt“ bezeichneten Regionen sind regelmäßig ländlich geprägt. Doch ein statistischer **Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Ländlichkeit lasse sich nicht aufweisen**, so **Patrick Küpper** vom Thünen-Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei. Einstige Problemregionen hätten sich oftmals gut entwickelt. Hierfür seien auch Bremseffekte der Schrumpfung verantwortlich. Dazu gehörten Finanzausgleichssysteme, sinkende Immobilienpreise, die Menschen anlocken, sinkende Löhne, die auch Chancen für Unternehmen darstellen können, wachsende Freiräume, die innovative Ideen zulassen, und letztlich die „passive Sanierung“, bei der die Arbeitslosenquote durch Abwanderung und Verrentung zurückgeht. Lokale Wissensinfrastrukturen und soziales Kapital hätten für die wirtschaftliche Entwicklung an Bedeutung gewonnen, führte Küpper weiter aus.

Allerdings seien es gerade die kleinen Städte und Dörfer mit unter 2.000 Einwohnern, in denen eine gewisse Demokratieverdrossenheit messbar ist, berichtete **Everhard Holtmann** (ZSH Halle und

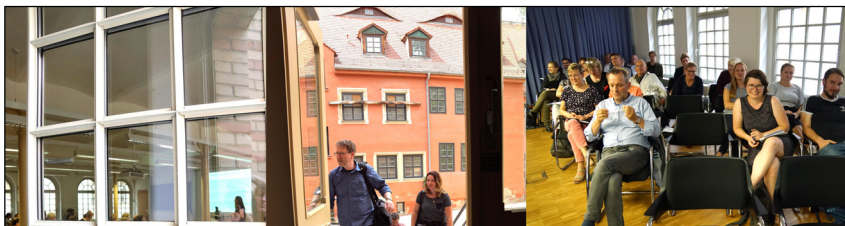
Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt), der Ergebnisse des jüngsten Sachsen-Anhalt-Monitors vorstellte. Demnach gaben 2016 18 Prozent der Befragten in Kleinstädten und Dörfern „Protest“ als Grund zur Beteiligung an einer Wahl an, während der Landesdurchschnitt bei 13 Prozent lag.

Andreas Brohm, Bürgermeister von Tangerhütte, bemängelte den geringen Gestaltungsspielraum der Gemeinden. „Man muss uns Gemeinden auch machen lassen“. Zum Beispiel habe er niemanden mehr in der Verwaltung, der den Menschen zuhören kann, da dies in den Kapazitätsberechnungen für die Verwaltungsgröße nicht vorgesehen ist. In der Diskussion wurde mehrfach herausgestellt, dass gerade kleinere Gemeinden und Dörfer **mehr finanzielle Spielräume abseits von zweckgebundenen Förderprogrammen** brauchten – einerseits um die kommunale Selbstverwaltung langfristig-strukturell zu sichern, anderseits um Initiativen und Vorschläge aus der Bürgerschaft unterstützen zu können.

Dazu gehörten auch **„Kümmerer“ in der Verwaltung**, die Umsetzungsideen regulatorisch begleiten und unterstützen. Solche Kümmerer und Begleiter für ehrenamtliche Initiativen seien wichtig, damit die Menschen den Glauben an ihre eigene Gestaltungskraft und an die Zukunftsfähigkeit der Region wiederbekommen.

Im übrigen wollten die Menschen von

Die Aktualität und Brisanz des provokant formulierten Themas spiegelte sich in der regen Beteiligung von rund 80 Teilnehmenden wider



Staat und Politik Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren, fasste **Siegrun Höhne** (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg) ihre Erfahrungen aus zahlreichen Projekten im ländlichen Raum zusammen. Noch heute wirke etwa das Elbehochwasser identitätsstiftend in den betroffenen Regionen: „Die Menschen standen im Mittelpunkt, die Bundeswehr hat geholfen und die Tageschau berichtete.“

Markus Nierth, ehemaliger Ortsbürgermeister Tröglitz, erlebt Menschen, die Arbeitsplatzverlust als Verlust jeglichen Geschätztwerdens erfahren haben, daher Traumata der Nachwendezeit mit sich herumtrügen, zudem nicht mithalten können angesichts des Leistungsdrucks und Unterstützung bräuchten, die sie sich aber auch nicht einzufordern trauen. **Thies Schröder** (Energieavantgarde Anhalt) verwies auf das Problem, dass manche Förderprogramme „bürokratische Monster“ geworden seien. Personen, die nicht so taff sind wie manche der Bürgermeister auf diesem Workshop, fragten dort dann eher nicht mehr an. Aber Ferropolis z.B. – die „Stadt aus Eisen“ mit ihren Tagebaubaggern, heute gehypte Festival-Location – wäre nicht in Gräfenhainichen entstanden, hätte man vorher Machbarkeit und Bedarf geprüft.

Peer Pasternack, Sprecher der Expertenplattform, stellte in seinem Workshop-Resümee auf drei Punkte ab:

■ „Abgehängt“ werde einerseits von den Bewohnern entwicklungsgebremster Regionen als **sarkastisch-polemische Selbstbeschreibung** genutzt, andererseits aber als Fremdmarkierung abgelehnt.

■ Eine verbreitete **Komplexitätsabwehr**, die in Demokratiemisstrauen münde, resultiere aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, nicht mehr im Griff.

■ Entwicklungsideen für Sachsen-Anhalt müssten davon ausgehen, **was das Land vor allem habe**. Das seien **Fläche**, also: Flächen für gestaltende Initiativen; die **Nähe zu Berlin und Leipzig**, wo Flächen teuer und knapp werden, was als Lagegunst nutzbar sein könnte; schließlich eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl **hervorragende wissenschaftliche Ausstattung**. Was für die Nutzung dieser Vorzüge fehle, seien flächendeckende Digitalisierung und Ideen für die viele Fläche. Es brauche daher Digitalisierung, Bildung, Ertüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen sowie eine Entschlackung der Fördermittelverwaltung. Dann könnten Ideen ebenso entstehen wie auf fruchtbaren Boden fallen.

Der Workshop war im Auftrag der Expertenplattform vom Institut für Hochschulforschung (HoF) (*Peer Pasternack, Gerhard Wünscher, Steffen Zierold*) und dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (*Gerhard Heimbold*) organisiert worden.

✉ **Ansprechpartner** bei der Expertenplattform Demographischer Wandel: Prof. Dr. Peer Pasternack (peer.pasternack@hofuni-halle.de)

📄 **Präsentationen der Vorträge**: https://expertenplattform-dw.de/presentationen-transferworkshop_2018

📄 **Broschüre mit den Workshop-Ergebnissen**: <https://expertenplattform-dw.de/broschuere-abgehaengte-regionen>

Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage im Ungleichgewicht – Fachkräfteversorgung sichern

OVGU MAGDEBURG / FORSCHUNGSNETZWERK DEMOGRAFIE UND FACHKRÄFTESICHERUNG – Das Forschungsnetzwerk setzt sich aus sechs Professuren von der OVGU Magdeburg, der Universität Rostock sowie der TU Dresden zusammen. Es stellt sich der Aufgabe, die verschiedenen Arbeitsmarktprozesse aus einer berufs- und wirtschaftspädagogischen Perspektive zu analysieren.

Durch den demografischen Wandel kann eine zunehmende Zahl von Betrieben Ausbildungsstellen nicht mehr besetzen, sodass sich die „Machtverhältnisse“ auf dem Ausbildungsmarkt deutlich zugunsten der Jugendlichen verändern – insbesondere in den neuen Ländern. Dies war lange absehbar. Die demografische Entwicklung in den neuen Bundesländern führt zu **gravierenden Verwerfungen** vor allem **in klein- und mittelbetrieblich dominierten Wirtschaftssektoren**. Durch letztere ist die Wirtschaft in den neuen Bundesländern stärker als in den alten Ländern geprägt; entsprechend umfangreiche Änderungen sind hier zu erwarten.

Der massive Rückgang der Schulabgänger:innen, der innerhalb weniger Jahre im gesamten Osten der Bundesrepublik zu verzeichnen gewesen ist, führt u.a. dazu, dass die **Ausbildungsplatznachfrage sinkt und in manchen Berufen faktisch zusammenbricht**. Den Jugendlichen stehen damit erfreulicherweise wieder mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung. Gleichzeitig gelten weiterhin ca. 10.000 Jugendliche im Osten als ausbildungssu-

chend: Die demografischen Entwicklungen führen bislang nicht zu ausgeglichenen Marktverhältnissen. Diese Gleichzeitigkeit von Versorgungs- und Besetzungsproblemen offenbart ein **erhebliches regionales, berufliches und qualifikatorisches Passungsproblem**. Das Problem mangelnder „Ausbildungsreife“ von Jugendlichen und des „Matchings“ wird durch die Demografie allein nicht gelöst.

Zudem wird in den neuen Bundesländern die Entwicklung am Ausbildungsmarkt dadurch verschärft, dass in vielen Ausbildungsberufen die Vertragslösungszahlen stark ansteigen. So hat sich in den ostdeutschen Ländern – bei gleichzeitig dramatischem Rückgang der Neuvertragszahlen – die **Vertragslösungsquote** in einigen, insbesondere gewerblich-technischen Ausbildungsberufen **z.T. mehr als verdoppelt**. In Sachsen-Anhalt gilt das etwa für

- Anlagenmechaniker:innen: auf 48,5 %
- Elektroniker:innen: auf 47,5 %
- Metallbauer:innen: auf 55 %
- Friseur:innen: auf 59 % (Zahlen für 2015).

Angesichts solcher Daten stellt sich die Frage, ob die Ausbildungsfähigkeit der Unternehmen in den ostdeutschen Bundesländern noch gegeben ist. Es ist zu erwarten, dass eine nicht mehr funktionierende Fachkräfteversorgung die wirtschaftlichen Potenziale, gerade der mittelständischen Betriebe in den neuen Ländern, nachhaltig gefährdet.

Es ist dringend zu bestimmen, an welcher Stelle und mit welchen Maßnahmen dieser Entwicklung begegnet werden kann. Zu kurz greifen reflexartige Ursachenzuweisungen an die Jugendlichen und ihr soziales Umfeld, bspw. die häufig wiederholten Aussagen, es mangle an Berufswahlkompetenz oder Elternhaus und Schule würden ungenügende Vorberei-

tungen leisten. Aber auch einseitige Schuldzuweisungen an die Unternehmen sind wenig angebracht. Viele KMU müssen ihre **Strategien der Fachkräftesicherung der demografischen Situation anpassen**. Das gelingt vor allem kleinen Betrieben in Ostdeutschland bislang nur eingeschränkt.

Mit diesen Problemfeldern befasst sich das Forschungsnetzwerk „Demografie und Fachkräftesicherung in den neuen Bundesländern“. Die **Ergebnisse aktueller Forschungen** im Netzwerk und von weiteren Akteuren im Feld fasst ein nun erschienener **Sammelband** zusammen.

Im Fokus des Bandes stehen berufliche Arbeits- und Bildungsprozesse sowie Übergänge und Statuspassagen in verschiedenen beruflichen Domänen. Der Sammelband richtet sich an Forscher:innen, Vertreter aus Politik und Wirtschaft sowie Praktiker aus der betrieblichen, beruflichen und schulischen Bildungsarbeit. Er nimmt die demographischen Entwicklungen mit besonderem Fokus auf die neuen Länder in den Blick, analysiert Auswirkungen auf die berufliche (Aus)Bildung und die Fachkräftesituation. Erkenntnisreich sind die Analysen und Diskussionen auch über Ostdeutschland hinaus: Die betriebliche Ausbildung in den neuen Bundesländern befindet sich in einer Situation, die allmählich auch in den alten Bundesländern spürbar wird. Zudem behandelt der Band drei Querschnittsthemen: Migration, Benachteiligtenförderung und die Rolle der Hochschulen.



☒ **Ansprechpartner** beim Institut für Bildung, Beruf und Medien der OVGU Magdeburg: Prof. Dr. Robert W. Jahn (robert.jahn@ovgu.de)

☒ Robert W. Jahn/Manuela Niethammer/Astrid Seltrecht/Andreas Diettrich (Hg.): **Demografie, Bildung und Fachkräftesicherung in den ostdeutschen Bundesländern**, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2018

„anKommen – willKommen“: Berufliche Integration Geflüchteter

ZENTRUM FÜR SOZIALFORSCHUNG HALLE (ZSH) – Wie kann die berufliche Integration Geflüchteter gefördert werden? Welche Erfahrungen, Probleme und Lösungen gibt es? Was sind Erfolgsfaktoren und wo liegen künftige Änderungsbedarfe? Diesen Fragen widmet sich das Forschungsprojekt „anKommen – willKommen“.

Nur einer von fünf Sachsen-Anhaltern wohnt in Magdeburg oder Halle. Das heißt **vier Fünftel der Landesbevölkerung wohnt nicht in einer großen Stadt**, sondern in mittelgroßen und kleinen Städten oder auf dem Land. In Magdeburg oder Halle erfahren vergleichsweise wenige Personen, wie landespolitische Grundsatzentscheidungen (z.B. Schulschließungen, Ausdünnung des ÖPNV) Dörfer darin herausfordern, Verödung zu hemmen statt zu fördern. Dass viele Gemeinden überfordert sind, zeigt sich, wenn Freiwillige Feuerwehren nicht mehr einsatzfähig sind, Kleingartenparzellen ungenutzt bleiben, Vereine ohne Sportler sind und Immobilienwerte fallen.

Angesichts des hohen Durchschnittsalters sind auf dem Land **keine steigenden Geburtenzahlen zu erwarten**. Mit dem Durchschnittsalter steigt die Anzahl der Sterbefälle. Aus den Landgemeinden wandern zwar weniger Menschen ab. Dies liegt aber weniger an erfolgreichen Haltefaktoren als vielmehr daran, dass in vielen Orten kaum noch junge Menschen wohnen, die abwandern könnten. Lediglich bei Studierenden und Geflüchteten verzeichnet das Land positive Salden, kann diese Gruppen aber häufig nicht längerfristig binden.

Mittlerweile ist Sachsen-Anhalt ein Labor, in dem Folgen von Handeln und Nicht-Handeln bei der Linderung demografischer Probleme bzw. deren Folgen zu beobachten sind.

Kürzlich in Eisleben und Hettstedt durchgeführte repräsentative Befragungen bestätigen **drei zentrale Faktoren**, die über den Verbleib oder Wegzug Ortsansässiger oder Geflüchteter entscheiden: **soziale Einbettung, berufliche Perspektive und Wohnumfeld**.

Das Forschungsprojekt konzentrierte sich darauf, zu untersuchen, wie die **berufliche Integration Geflüchteter** gefördert werden kann:

- Welche Erfahrungen gibt es bei der beruflichen Integration Geflüchteter?
- Welche Probleme treten auf verschiedenen Ebenen auf?
- Gibt es Lösungen?
- Was sind Erfolgsfaktoren, wo liegen künftige Änderungsbedarfe?

Um die Fragen zu beantworten, wurden Geschäftsführer, Geflüchtete, Mitarbeiter und Experten befragt.

In den Unternehmen bewarben sich vorwiegend junge, männliche und motivierte Geflüchtete. **Ihnen lag an Arbeit oft mehr als an einer Ausbildung** – eine Präferenz, die sich mit ihrer Aufenthaltsdauer änderte. Für Betriebe war es nicht immer leicht, Zugang zu Bewerbern zu finden. Begünstigend für Rekrutierungs- und Einarbeitungserfolge waren **feste Ansprechpartner**, um dem besonderen Unterstützungsbedarf gerecht zu werden – etwa den differenzierten deutschen Arbeitsmarkt erklären oder Deutschkenntnisse verbessern. Durchweg positiv war die Einschätzung der „Neuen“ durch ihre

– zunächst oft skeptischen – deutschen Kolleg:innen. Mit der Zusammenarbeit wuchsen gegenseitiges Vertrauen, Unterstützungsbereitschaft und Verständnis.

Erkennbar wurden auch strukturelle Hürden. So steht die **Ausbildungsdauer im Gegensatz zu einem prekären Aufenthaltsstatus** und der nur zögerlichen Gewährung von Ausbildungsduldungen. Das Thema ist weiterhin aktuell. Beispielsweise wurde, trotz vieler unbesetzter Ausbildungsstellen und weiter Ermessensspielräume, im Landkreis Wittenberg aktuell nur eine Duldung zu Ausbildungszwecken ausgesprochen.

Als problematisch erwies sich, dass Verwaltungen die Bedeutung betrieblicher Praktika zur Bestimmung von Eignungen vielfach nicht anerkennen und Termine mit Geflüchteten teils in deren Arbeitszeiten legten. Dabei können Befähigungen in der betrieblichen Praxis viel besser ermittelt werden, als es eine theoretisch-dokumentenbasierte Einschätzung seitens der Bildungsträger zulässt.

Zudem zeigte sich, dass die etablierten Verwaltungsverfahren bestimmte Integrationsvoraussetzungen nur bedingt berücksichtigen bzw. die **Geflüchteten bei der Lösung primärer Probleme nur unzureichend unterstützen** können:

■ So ist das Wohnumfeld in Sammelunterkünften nur eingeschränkt mit dem beruflichen Lernen vereinbar, welches

auch Rückzugsräume für individuelles Lernen erfordert.

■ Terminkollisionen zwischen Integrationskursen und betrieblichen Praktika bringen die Geflüchteten unweigerlich in Konflikte.

■ Die offizielle Anerkennung von Qualifikationsleistungen dauert häufig lange, was Terminkonflikten befördert.

■ Eine nur begrenzt leistungsfähige öffentliche Beratungsinfrastruktur führt dazu, dass oft diejenigen essentielle Beratungen leisten, die dafür nicht zuständig bzw. eingeschränkt auskunftsfähig sind, etwa Wirtschaftsbetriebe.

Gelingende Integration erfordert kommunale Konzepte, politischen Willen, **konkrete Zuständigkeiten und Ansprechpartner** sowie kooperativ-abgestimmtes Zusammenwirken der Akteure (z.B. Zivilge-

sellschaft, Unternehmen, Verwaltungen, Landes- und Kommunalpolitik). Zentrale Voraussetzung in den Kommunen ist das hinreichende Vorhandensein von Finanzmitteln, Personal und Wissen. Auch Strukturänderungen am Arbeitsmarkt können Integration fördern:

- alternative Ansätze der Kompetenzerhebung und Einarbeitung,
- unterstützende Netzwerke von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Verwaltung oder
- integrationsfreundliches Verwaltungshandeln.

„Kleine Städte haben große Augen“ – direkter, nachbarschaftlicher Austausch fördert, dass Geflüchtete auch in Kleinstädten sesshaft werden können

✉ **Ansprechpartner:innen** beim Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH): Christina Buchwald (buchwald@zsh.uni-halle.de), Thomas Ketzmerick (ketzmerick@zsh.uni-halle.de), Dr. Andreas Siegert (andreas.siegert@zsh.uni-halle.de)

✉ Andreas Siegert/Thomas Ketzmerick/Christina Buchwald: **Handbuch. Pilotprojekt zur beruflichen Integration Geflüchteter**, ZSH, Halle (Saale) 2017, online unter <https://www.zsh->

Industrie 4.0 im Labor erproben

OVGU, INSTITUT FÜR ARBEITSWISSENSCHAFT, FABRIKAUTOMATISIERUNG UND FABRIKBETRIEB – Ein neu eröffnetes Arbeitswissenschaftliches Labor am Transfer- und Gründerzentrum bietet alle sachsen-anhaltischen Hochschulangehörigen Möglichkeiten zur Ideenentwicklung, bei Bedarf mit Unterstützung.

Seit dem Jahr 2010 besteht das vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderte Projekt „**ego.IN-KUBATOR**“. Dieses verfolgt das Ziel, Ausgründungen aus dem akademischen Bereich zu unterstützen. Das **AWI-Lab** (Arbeitswissenschaftliches Labor) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist einer dieser Inkubatoren.

Es fungiert als Infrastruktur zur **Entwicklung und Erprobung von innovativen Produkt-, Prozess- und Dienstleistungslösungen** im Bereich der „Arbeitswelt 4.0“. Studierende und Mitarbeitende an den Hochschulen Sachsen-Anhalts erhalten die Möglichkeit, ihre **eigenen Ideen im Rahmen der Vorgründungsphase Realität werden zu lassen**. Dabei erhalten sie fachliche Betreuung der Professur für Arbeitswissenschaft. An den Leitmärkten „Maschinen- und Anlagenbau“ sowie „Gesundheit und Pflege“ orientiert,

stehen im AWI-LAB drei Labore zur Verfügung: ein Montagelabor, ein Kommunikationslabor und ein Pflegelabor.

Letzteres ist für Projekte im Zusammenhang mit der Verarbeitung des demografischen Wandels besonders relevant. Es verfügt über intelligente und vernetzte Möbel- und Assistenzsysteme, Tablets & Smartwatches, Pflegebett und Patienten-Dummy, ein Exoskelett, Smart Floor, elektrische Aufstieghilfe, Smart Shirts und einen Alterssimulationsanzug.



🔗 **Ansprechpartner** am Institut für Arbeitswissenschaft, Fabrikautomatisierung und Fabrikbetrieb der OVGU Magdeburg (IAF): Erik Harnau M.Sc. (erik.harnau@ovgu.de)

🔗 **Weitere Informationen:** www.tugz.ovgu.de/awilab

Innovationsschub für die Senioren-Technik-Beratung

HOCHSCHULE HARZ, FACHBEREICH VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN – Zwischen technischer Innovationshöhe und deren Akzeptanz durch die Nutzer:innen von Assistenztechnik besteht eine Lücke. Das Innovationsnetzwerk Vernetzte Technikberatung und Techniknutzung widmet sich der Frage, wie Senioren-Technik-Beratung dazu beitragen kann, diese Lücke zu schließen.

Die Generation der heute Älteren hat im Laufe ihres Lebens viele technische Innovationen erfolgreich in die Lebensführung integriert. Dabei haben sie gelernt, dass man durch Technikeinsatz alltagspraktische Ziele schneller und effizienter erreichen kann. Trotz dieser **überwiegend positiven Technikerfahrungen** stehen viele Senior:innen selbstständigkeitsfördernder Assistenztechnik skeptisch gegenüber. Dieses Zögern betrifft ganz besonders digitale Technik, denn in Deutschland klafft weiterhin eine digitale Alterslücke: Mehr als zehn Millionen Bürger jenseits des 70. Lebensjahres haben das Internet noch nie benutzt.

Die Möglichkeiten des Überwindens dieser Zurückhaltung gegenüber (digitaler) Assistenztechnik werden an der Hochschule Harz erforscht. Dort läuft seit Januar 2018 das Projekt VTTNetz – Innovationsnetzwerk Vernetzte Technikberatung und Techniknutzung.

Beim Überwinden von Hürden sind **soziale Innovationen zentral**. Gemeint sind damit dauerhafte und strukturell folgenreiche Veränderungen sozialer Praktiken und Routinen. Bezogen auf das Projekt

VTTNetz lautet die Annahme, dass eine wohnortnahe Informations- und Beratungsinfrastruktur in Kombination mit Bildungsangeboten zum digitalen Kompetenzaufbau dabei helfen kann, ältere Menschen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge für Assistenztechnik zu sensibilisieren. Dies wäre für viele Kommunen eine innovative Strukturbildung.

Um dies zu fördern, nutzt VTTNetz verschiedene Instrumente. Diese werden im **Kompetenzzentrum „Vernetzte (Senioren-)Technik-Beratung“** zusammengefasst:

- Das Kolleg Technik-Beratung will sich der Aus- und Weiterbildung von Berater:innen und der Weiterbildung spezifischer Multiplikatoren wie Akteuren der Gesundheits- und Wohnungswirtschaft widmen.
- Kommunen, die das lebenslagenorientierte Beratungsangebot für ältere Menschen und pflegende Angehörige um den Technik-Schwerpunkt erweitern wollen, werden unterstützt.
- Gestärkt werden Netzwerke aus haupt- und ehrenamtlichen Technik-Berater:innen.

rater.innen, wie sie in verschiedenen deutschen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert werden.

- Berater.innen sollen in einem eigens auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Internetforum miteinander ins Gespräch kommen.

- Auf Netzwerktreffen haben sie die Möglichkeit, sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und Praxisbeispiele auszuwerten.

- Neue Technik können Berater.innen und Ältere im Real-Labor „Technik-Akzeptanz und Soziale Innovation“ (TAKSI) austesten.

Dieses Labor wurde in Kooperation mit der Wernigeröder Wohnungsgenossenschaft in einer Wohnung eingerichtet und bietet ein realitätsnahes Wohnumfeld.

- Senior.innen werden über niedrigschwellige Bildungsangebote für Technik sensibilisiert. Kommunen werden bei der Entwicklung entsprechender Formate unterstützt.

- Sowohl Berater.innen als auch Senioren profitieren von einem partizipativ entwickelten Online-Wissensspeicher. Dieser basiert auf einem Wiki und zeigt die breite Palette assistenzfördernder Technik auf.

Mitte 2018 wurden 23 Technikberater.innen befragt, um den Ist-Stand der Senioren-Technik-Beratungslandschaft zu erfassen. Zudem wurden Bedarfe für Aus- und Weiterbildung sowie für intra- und interkommunale Vernetzung ermittelt. Die **Befragungsergebnisse** lassen sich zu vier Punkten verdichten:

- Immer mehr Kommunen bieten Technikberatung ergänzend zur Wohn- und Pflegeberatung an.

- Niedrigschwellige Angebote zum digitalen Kompetenzaufbau wie Smartphone-Sprechstunden sind ein geeignetes Mittel, um

die ältere Zielgruppe zu erreichen.

- Es gibt Hinweise darauf, dass ein breites Beratungsangebot für ältere Menschen für die Kommunen finanziell attraktiv sein kann, weil dadurch pflegespezifische Kosten stagnieren oder sogar sinken können.

- Berater.innen wünschen sich einen stärkeren Austausch zur Qualitätssicherung und für den Wissenstransfer.

Die Erkenntnisse aus der Bedarfsermittlung bilden die Grundlage für das weitere Vorgehen im Projekt – orientiert an dem Ziel, die Diffusion technischer Innovationen in die Lebenswelt Älterer systematisch zu fördern.

*10 Millionen Bürger über
70 Jahre waren noch nie online.
Viele Senioren hadern mit dem Digitalen
und sehen Assistenztechnik skeptisch*

✉ **Ansprechpartnerinnen** beim Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz (Halberstadt): Prof. Dr. Birgit Apfelbaum (bapfelbaum@hs-harz.de), Julia Bruns B.A. (jbruns@hs-harz.de), Thomas Schatz M.A. (tschatz@hs-harz.de)

✉ **Weitere Informationen:** <https://www.hs-harz.de/forschung/ausgewaehlte-forschungsprojekte/transinno-lsa> und <https://www.innovativ-altern.de>

Der Einfluss altersgerechter Infrastruktur auf den Lebensmittelkonsum

MLU HALLE-WITTENBERG, INSTITUT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN UND GEOGRAPHIE – Die Seniorenwirtschaft verlangt, dass sich Unternehmen demografiekompatibel aufstellen. Im Vergleich zu früheren Selbsteinschätzungen von Unternehmen aus Sachsen-Anhalt zur Höhe des Kundenanteils über 65-Jähriger wurde der tatsächliche Anteil Älterer am Kundenstamm in Halle ermittelt.

Bereits im vergangenen Jahr ergab eine Befragung, dass Senioren eine bedeutende Kundengruppe in der Gastronomie sind. Nun wurde erhoben, in welchem Maße auch andere lebensmittelnähe Branchen relevant sind. Hierfür wurden jeweils zwei Fast-Food-Ketten, Restaurants, Supermärkte, Discounter, Bäcker, Fleischer, Cafés und Imbisse untersucht. Zudem sind der unmittelbare Gehweg und der direkte Zugang zu diesen Geschäften kartiert worden. Zwei Wochen lang wurden 16 Standorte in Halle (Saale) systematisch beobachtet, dabei die Kundenfrequenz beim Betreten der Einrichtungen gezählt sowie das Alter der Kunden geschätzt.

Insgesamt sind **29.339 Personen** erfasst worden, **davon 14 % im Alter von mindestens 65 Jahren**. Dies entspricht weniger älteren Menschen als in der realen Altersverteilung der Stadt und der Selbsteinschätzung des Gastgewerbes Sachsen-Anhalts.

Altersverteilung zwischen Stichprobe und Einwohnerstatistik

	Stichprobe	Einw. Halle
unter 18 Jahre	12 %	15,5 %
18 bis 40 Jahre	41,5 %	30 %
41 bis 64 Jahre	33 %	31 %
65 Jahre u. älter	14 %	24 %

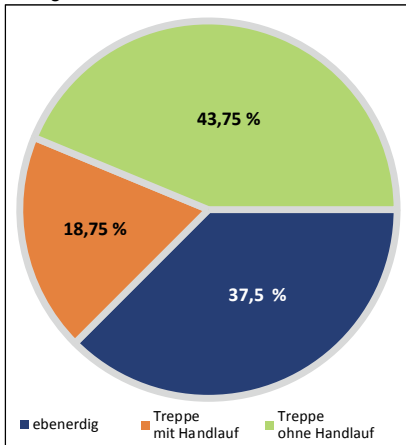
Anhand der gezählten absoluten Besuche erfolgte die Berechnung des relativen Anteils je Altersgruppe am Kundenstamm.

Für die unterschiedlichen Geschäftsbereiche wurde ein Mittelwert gebildet und daraus eine Rangfolge ermittelt. Diese gibt an, wo Senioren vergleichsweise stärker als andere Altersgruppen Lebensmittel kaufen bzw. konsumieren.

Am häufigsten wurden Restaurantbesuche beobachtet, gefolgt von Bäckereien und Fleischereien. Die Zählungen vor Supermärkten entsprechen der Verteilung in der Stichprobe, Senioren besuchen diese nicht weniger häufig bzw. nicht häufiger als Personen anderer Altersgruppen. Imbisse und Fast-Food-Restaurants suchten Senioren deutlich weniger häufig auf als andere Altersgruppen.

Die **Hälfte der Gehwege** zu den kartierten Standorten wurde als **unbeschädigt** eingeschätzt, sechs der restlichen acht als leicht beschädigt – eine insgesamt positive Bilanz für die Stadt, Gewerbetreibende und Bürger. Als **problematisch** erweist sich die **Beschaffenheit der Gehwege** bei einer Kombination aus mehreren verbauten Materialien. Dies war bei der Mehrheit der kartierten Standorte der Fall. Ein häufiger Wechsel, je nach Belag, z.B. aus klein- und großformatigen Natursteinplatten und historischen Pflastersteinen, beeinträchtigt die Standfestigkeit und das Sicherheitsgefühl beim Laufen – selbst bei guten Witterungsbedingungen. Dies gilt auch trotz, z.T. sogar gerade wegen Gehhilfen und erschwert ebenfalls die Fortbewegung mit Rollstühlen. Zwar ist der Anteil der beobachteten

Zugangsmöglichkeiten zu Geschäften des Gastgewerbes und Einzelhandels in Halle



Personen mit Kinderwagen oder Fortbewegungshilfe gering, doch wird die Mobilität für über 400 beobachtete Personen durch die Gehwegbeschaffenheit erschwert.

Gezählte Kunden mit Kinderwagen oder Fortbewegungsmittel

	absolut	relativ
Kinderwagen	144	0,49 %
Rollator	75	0,25 %
Gehstock	68	0,23 %
Krücken	61	0,21 %
Rollstuhl	43	0,15 %
Elektromobil	17	0,06 %

An allen kartierten Standorten gab es in unmittelbarer Nähe abgesenkte Bordsteine, in knapp zwei Fünftel der Fälle waren auch taktile Elemente zur Orientierung am Boden verbaut (z.B. ein Blindenleitsystem).

Im Durchschnitt waren die beobachteten Gewerbe **fußläufig weniger als zwei Minuten von der nächsten ÖPNV-Haltestelle entfernt**. Dies zeigt eine sehr gute Erreichbarkeit. In 56 % der Fälle war eine Gästetoilette im Geschäft vorhanden, allerdings nie eine behindertengerechte – die restlichen Standorte verfügten über keine.

Senioren sind (auch) statistisch gesehen eine relevante Größe im Geschäftsalltag. Die Bedingungen zur Erreichbarkeit der untersuchten Standorte waren insgesamt positiv, auch wenn es im Sinne der Barrierefreiheit (bzw. -armut) noch Verbesserungspotential gibt. Kein kausaler Zusammenhang ließ sich zwischen positiv und negativ bewerteten Kriterien der Kartierung einerseits und der tatsächlich gezählten älteren Kundschaft andererseits aufzeigen.

✉ **Ansprechpartner** beim Institut für Geowissenschaften und Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Dr. Florian Ringel (florian.ringel@geo.uni-halle.de)

Neue Möglichkeiten technikgestützter Assistenzsysteme für selbstbestimmtes Leben

HOCHSCHULE HARZ, FACHBEREICH AUTOMATISIERUNG UND INFORMATIK – Das Photonic Communications Lab forscht seit zehn Jahren zu den Folgen des demografischen Wandels. Die Arbeitsgruppe hat sich auf die Entwicklung von technikgestützten Pflegeassistenzsystemen spezialisiert. In diesem Bereich wurden zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte realisiert und innovative Produkte entwickelt. Im Folgenden werden zwei Projekte vorgestellt.

Das Landesprojekt „tecLA LSA“ beschäftigt sich mit der zielgruppenorientierten Entwicklung technischer **Assistenzsysteme für selbstbestimmtes Leben im Alter**. Entwickelt wird ein modulares AAL-System, welches älteren Menschen einen einfachen, intuitiven Zugang zu technischen Assistenzsystemen ermöglicht. AAL steht für Ambient Assisted Living, also im Alltag nutzbare Assistenzlösungen für ein selbstbestimmtes Leben. Das interoperable, mitwachsende **System soll sich ändernden Fähigkeiten und Bedürfnissen der Nutzer** flexibel und kostenverträglich anpassen. Die Nutzerakzeptanz ist essentielle Voraussetzung für den Erfolg des Systems. Um diese zu schaffen, haben die Wissenschaftler von Anfang an mit Unternehmen aus den verschiedenen Bereichen der Pflege und Medizintechnik zusammengearbeitet. Beginnend mit Markt- und Zielgruppenanalysen werden darauf aufbauend Schnittstellen festgelegt und Dienstleistungsangebote entwickelt.

Diese werden in zwei unterschiedlichen Feldtests – in einer stationären und in einer ambulanten Pflegeeinrichtung – erprobt. Mit den gewonnenen Kenntnissen soll das System zu einem marktfähigen Produkt entwickelt werden. Der Verbund aus Sozial- und technischen Wissenschaften, Medizin und Design sowie Anwendern aus der Praxis gewährleistet eine gesellschaftlich verantwortliche Vorge-

hensweise, die ethische wie rechtliche Fragen der AAL-Nutzung explizit berücksichtigt.

Ziel ist, die **Schnittstelle zwischen älteren Menschen und der Technik** so zu entwickeln, dass ein einfacher und intuitiver Zugang zu technischen Assistenzsystemen ermöglicht wird. Zusammen mit der Johanniter Unfallhilfe und 20 Pflegeheim-Bewohnern in Sachsen-Anhalt soll dies erprobt werden.

Mit einer neuen Funktionalität der Mensch-Technik-Interaktion soll Älteren **ein länger selbstbestimmtes, würdevolles Leben in der vertrauten Umgebung ermöglicht werden**. Dies muss auf einem für das Gesundheitssystem tragbaren Geschäftsmodell basieren. Das Projekt setzt damit unmittelbar an Lösungen zur Bewältigung der Herausforderung der demografischen Entwicklung an. AAL bieten in der sozialen, pflegerischen und medizinischen Versorgung zudem einen dynamischen Zukunftsmarkt.

Daten von verschiedenen technisch-intelligenten Assistenzsystemen in Echtzeit auswerten zu können, ist das Ziel in einem weiteren Projekt. In „fast care“ wird ein **echtzeitfähiges Sensordaten-Analyse-Framework für intelligente Assistenzsysteme** entwickelt. Dabei sollen Informationen aus den Einsatzbereichen „Ambient Assisted Living“ (AAL), „Mensch-Technik-Interaktion“ (MTI) und „eHealth“

zusammenlaufen. Konkret kann die Entwicklung u.a. medizinisch valide, Echtzeit-Situationsbilder mit enorm kurzen Latenzen liefern. Assistenzsysteme im AAL-Bereich und der medizinischen Versorgung müssen in Zukunft Situationen, die eine assistive Intervention erfordern, in Echtzeit erkennen können.

Eine **zentrale Herausforderung** besteht darin, dass **viele relevante Situationen erst dann erkennbar** sind, **wenn mehrere Sensormodalitäten fusioniert werden**. Ein Beispiel dafür ist die Unterscheidbarkeit von krankhafter, emotionaler und belastungsinduzierter Zunahme der Herzfrequenz. Die jeweilige Ursache lässt sich erst durch die Kombination von verschiedenen Sensoren erkennen.

Das Gleiche gilt für die Analyse der Gelenkkinematik bei Alltagsaktivitäten, die mehrere Inertialsensoren erfordert. Für eine verlässliche Diversifikation werden Sensordaten-Analyseframeworks benötigt, welche eine **echtzeitfähige Erkennung** und resultierende Assistenz ermöglichen. Basis für die Bereitstellung eines medizinisch validen, integrierten Echtzeit-Situationsbildes bildet eine ad-hoc vernetzte, alltagstaugliche und energieeffiziente Sensorinfrastruktur mit minimalen Latenzzeiten. Hierbei werden die physiologischen, kognitiven und kinematischen Informationen eines Patienten durch eine intelligente Fusion von Sen-

sordaten erfasst. Daraus lässt sich ein integriertes Situationsbild generieren, welches die Basis für weitere assistive Technologien bildet. So ist das Framework auch für Anwendungen einsetzbar, in denen ein Feedback in den visuellen, auditiven, taktilen oder propriozeptiven Wahrnehmungsstrom synchron eingebettet werden muss. Dazu zählt etwa die Unterstützung von Motorik und Kinematik für die Rehabilitation und die aktive Prothetik und Orthetik.

*Die technikgestützte
Echtzeit-Auswertung kombinierter
Sensordaten ermöglicht medizinische
Prognosen, die krankhafte, emotionale und
belastungsinduzierte Ursachen
unterscheiden können*

„fast care“ schafft die technischen Voraussetzungen dafür, dass medizinische Interaktionen möglich sind, um den Menschen

in seiner natürlichen Umgebung vor Schaden zu bewahren. Dabei soll die nächste Generation der **Medizintechnik nicht mehr als solche wahrgenommen** werden. Als kontaktloses oder integriertes System soll sie den Menschen sicher, präventiv und gut handhabbar unterstützen.

Der Fokus des Projektes liegt auf der intelligenten Fusion von Sensor- und Aktordaten sowie deren Auswertung und Bereitstellung in Echtzeit. Als Lösungsansätze dienen schnelle und intelligente Sensorik und Aktorik, eine Verbesserung der Bewegungsmustererkennung und intelligente Algorithmen zur Echtzeit-Netzwerkintegration in drei Demonstratoren des MTI Technikums der Hochschule Harz.

✉ **Ansprechpartner** beim Fachbereich Automatisierung und Informatik der Hochschule Harz: Prof. Dr. Ulrich Fischer-Hirchert (ufischerhirchert@hs-harz.de)

✉ **Weitere Informationen:** <http://photonik2.hs-harz.de>, fastcare.hs-harz.de, tecla.hs-harz.de sowie <http://autonomie-im-alter.ovgu.de>

Pflegeversorgung durch digitale Innovationen unterstützen

TRANSLATIONSREGION FÜR DIGITALISIERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG (TDG) – Seit April 2018 wird im Rahmen des Programms „WIR! – Wandel durch Innovationen in der Region“ das Bündnis TDG aufgebaut. Ziel ist die Schaffung struktureller Voraussetzungen für die Entstehung einer nachhaltigen Innovationskultur in der Pflege- und Gesundheitswirtschaft. Hierfür soll eine Modellregion im südlichen Sachsen-Anhalt sowie Teilen der angrenzenden Bundesländer etabliert werden.

„Sachsen-Anhalt ist auf dem Scheitelpunkt des demografischen Wandels angekommen. Hier vollzieht sich derzeit, was ein paar Jahre zeitversetzt in vielen Regionen Deutschlands und Europas eintreten wird“, so Patrick Jahn. Als Leiter der Stabsstelle Pflegeforschung an der Uniklinik Halle ist er mit der Situation im Land bestens vertraut. Zu rund 70 Prozent findet die Pflege derzeit zu Hause statt. Bei 45 Prozent der Fälle wird sie von Angehörigen geleistet, deren Altersdurchschnitt sich kaum von den Pflegebedürftigen unterscheidet und zukünftig sogar ansteigen wird. Diese Situation verweist auf die Herausforderungen, die im Pflege- und Gesundheitsbereich bestehen.

Die TDG bündelt **Kompetenzen aus ambulanter Versorgung, Wissenschaft, IT und Kreativwirtschaft**, um innovative Produkte und Dienstleistungen für die dringenden Herausforderungen in der Pflege zu entwickeln. Der Zusammenschluss umfasst bereits über 35 Unternehmen und Institutionen projektrelevanter Branchen. Organisiert wird der Ver-

bund von der Universitätsmedizin Halle (Projektkoordinator), dem Institut für Informatik der MLU, der Univations GmbH sowie dem Verband der Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt. Die TDG hat seit April bereits verschiedene Veranstaltungsformate durchgeführt. Bei diesen wurden u.a. Pflegedienste und pflegende Angehörige über vorhandene Innovationen informiert und sensibilisiert wie auch zu dringenden Innovationsbedarfe befragt.

Ein Highlight der TDG-Aktivitäten ist der **1. Mitteldeutsche Pflege-Hackathon**, der vom 21. bis 23.9.2018 in der Alten Orthopädie des Medizin-Campus Steintor in Halle stattfand. Auf dem Hackathon erar-

Team des 1. TDG-Hackathon „Wir – gemeinsam zu Hause“



beiteten interdisziplinäre Teams **innerhalb von 48 Stunden digitale Lösungen für Problemstellungen aus dem Bereich Pflege** („Challenges“). Die Problemstellungen wurden im Vorfeld über Workshops von den TDG-Bündnispartnern definiert.

„Der Input unserer Partner ist essentiell, um tatsächlich relevante Innovationen im Pflegebereich zu motivieren. Mit Hilfe des Hackathons wurden hieraus Geschäftsideen konzipiert, deren Umsetzung anschließend in der TDG vorangetrieben werden. Obwohl das nur ein Anfang gewesen sein kann, war es der erfolgreiche Nachweis dafür, dass unser Projektansatz funktioniert und die Innovationskraft unserer Region aktivieren und stärken kann“, so Daniel Worch, Univations-Geschäftsführer.

Um die Entwicklung von digitalen Serviceangeboten und Produkten für die Pflege vor und hinter der Haustür sowie für die Qualifizierung zum Umgang innerhalb

der TDG weiter voranzutreiben, wird eine fünfjährige Förderung beim BMBF beantragt. Die rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien haben immenses Potential, sowohl ein langes autonomes Leben zu Hause zu ermöglichen als auch Pflegekräfte nachhaltig zu entlasten. Innerhalb der TDG können die Innovationen direkt in der Region entwickelt und pilotiert werden.

Zur Forcierung einer darauf ausgerichteten Innovationskultur wird die TDG weitere innovationsfördernde Formate sowie konkrete Innovationsvorhaben als festen Bestandteil der Bündnis-Aktivitäten etablieren. Wer Bedarf an Innovationen zur Unterstützung der ambulanten Pflege hat, selbst über Innovationsideen verfügt oder gern selbst Innovationen im Spannungsfeld zwischen Digitalisierung und Gesundheitsversorgung umsetzen möchte, ist eingeladen, dem Bündnis beizutreten.

📦 **Ansprechpartner** bei der Translationsregion für digitalisierte Gesundheitsversorgung: Dr. Patrick Jahn und Dr. Karsten Schwarz (info@inno-tdg.de)

📦 **Challenges sowie Ergebnisse** des Hackathons können hier nachvollzogen werden: <https://bit.ly/2xCS27y>

📦 **Weitere Informationen:** <https://inno-tdg.de> und <http://tdg.innovate.healthcare>

Frühe Bildung: FFB-Positionspapier erschienen

FORSCHUNGSNETZ FRÜHE BILDUNG SACHSEN-ANHALT (FFB) – Das FFB vereint seit 2013 die Wissenschaftler:innen sachsen-anhaltischer Hochschulen und Institute, die zu Fragen der Frühen Bildung forschen. Es wird vom Kompetenzzentrum Frühe Bildung (KFB) an der Hochschule Magdeburg-Stendal koordiniert. Das FFB hat ein knapp 50seitiges Positionspapier publiziert, das sich vor allem an Politik und frühpädagogische Praxis richtet.

In dem Positionspapier werden zu vier Themenfeldern der aktuelle Forschungsstand skizziert sowie die derzeitige Umsetzungssituation in Sachsen-Anhalt beschrieben:

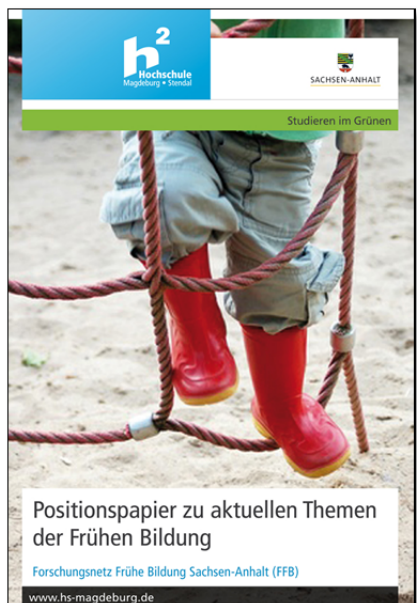
- Zur Ausbildung pädagogischer Fachkräfte – Potenziale und Hürden für eine Professionalisierung in Sachsen-Anhalt
- Zusammenarbeit von Kita, Schule und Hort
- Zusammenarbeit mit Eltern / Familienzentren
- Digitalisierung am Anfang der Bildungsbiografie

Gegliedert nach „Was läuft gut? Wo zeigen sich Unsicherheiten? Was fehlt?“, „Fakten“ und „Handlungsoptionen für die Politik“ werden zu jedem der vier Felder „Positive Wahrnehmungen“, „Herausforderungen/Unsicherheiten“ und „Wünsche“ formuliert. **Das Fazit bilden sechs Thesen:**

■ Erfolgreiche Bildungsbiografien erfordern die Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Praxis und Sozialraum sowie entsprechende Transparenz.

■ Ein einrichtungsübergreifendes Bildungsverständnis sichert Kontinuität und fördert erfolgreiche Bildungsbiografien.

■ Die Teilakademisierung stellt einen unabdingbaren Bestandteil der Professionalisierung des elementaren Sektors dar und muss weiter ausgebaut werden.



■ Qualitative hochwertige Arbeit in den Einrichtungen bedarf Qualitätssicherung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

■ Qualitativ hochwertige Forschung und etablierte Transferstrategien in die Praxis sind entscheidend für die Profes-

sionalisierung des kindheitspädagogischen Feldes.

■ Die Attraktivität und Anerkennung der Arbeit von pädagogischen Fachkräften muss politisch und gesellschaftlich gesteigert werden.

✉ **Ansprechpartner** beim Forschungsnetzwerk Frühe Bildung Sachsen-Anhalt (FFB): Prof. Dr. Jörn Borke (joern.borke@hs-magdeburg.de)

✉ Forschungsnetz Frühe Bildung Sachsen-Anhalt (FFB): **Positionspapier zu aktuellen Themen der Frühen Bildung**, Stendal 2018; auch online unter https://www.hs-magdeburg.de/fileadmin/user_upload/Forschung-Transfer/KFB/Tagungen_2017/Tagung_Bildungsbiografien_2017/Positionspapier_Tagung_Bildungsbiografien.pdf

✉ **Weitere Informationen:** www.ffb-lsa.de

Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt

INSTITUT FÜR HOCHSCHULFORSCHUNG HALLE-WITTENBERG (HoF) – Werden Hochschulen und Wissenschaft für die Stadtentwicklung genutzt, und wie können sie erfolgreich in entsprechende Konzepte eingebaut werden? Welche kulturellen, sozialen und ökonomischen Wirkungen sind von ihnen zu erwarten, und wie werden solche Erwartungen erfüllt? Wie werden Hochschulen als Agenturen der Wissensverteilung wirksam? Diese Fragen sind für die sachsen-anhaltischen Hochschulstädte untersucht worden.

Hochschulen sind Quellen und Agenturen sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Innovationen. Sie können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen, ihre Sitzorte an die überregionalen Wissensströme anschließen und stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte bereit. Damit sind die Hochschulen eine zentrale Voraussetzung dafür, die **Resonanzfähigkeit ihrer Sitzorte** für wissensbasierte und damit zukunftssträchtige Entwicklungen zu verbessern bzw. zu erhalten.

Wo Hochschulen in Städten und Regionen sitzen, die demografisch herausgefordert sind, sind die Hochschulwirkungen aber auch noch viel elementarer. Dort intervenieren die Einrichtungen schon durch ihre bloße Anwesenheit in die Schrumpfungsprozesse, indem sie **verödungshemmend** wirken und eine jüngere Klientel in der Region halten bzw. von außen anziehen.

Doch geht es nicht nur darum, was die Hochschulen für ihren Sitzort tun können, sondern ebenso darum, was die je-

weilige **Stadt für die Wissenschaft** in ihren Mauern tun kann.

Dies ist für die sachsen-anhaltischen Hochschulstädte untersucht worden, im einzelnen für die beiden **Groß- und Universitätsstädte** des Landes – Halle und Magdeburg – sowie **vier Mittelstädte**. Die Auswahl der letzteren bildet das institutionelle Muster des Netzes der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt ab: Einbezogen wurden eine Sitzstadt mit einer Ein-Standort-Hochschule (Merseburg), der Hauptstandort einer Zwei-Standorte-Hochschule (Wernigerode), ein Nebenstandort einer Zwei-Standorte-Hochschule (Stendal) sowie ein Ort mit Forschungseinrichtungen, doch keinen Studiengängen und Studierenden (Wittenberg). Daneben sind über Querschnittsanalysen aber auch die anderen Hochschulstädte des Landes berücksichtigt.

Erschlossen wurden zahlreiche **Quellen**: ISEKs, Verwaltungsberichte, Hochschulzeitschriften, für Stendal und Wernigerode die Regionalberichterstattungen der örtlichen Tageszeitung eines Jahres, die Internetauftritte der Hochschulen und ihrer Sitzorte sowie Daten der amtlichen Statistik. Zudem wurden 23 Interviews geführt.

Es erweist sich: Mittlerweile wird eine ganze Reihe von **Instrumenten** regelmäßig eingesetzt, wenn eine Governance lokaler Wissenskooperationen etabliert werden soll. Doch ihr zielführendes Funk-

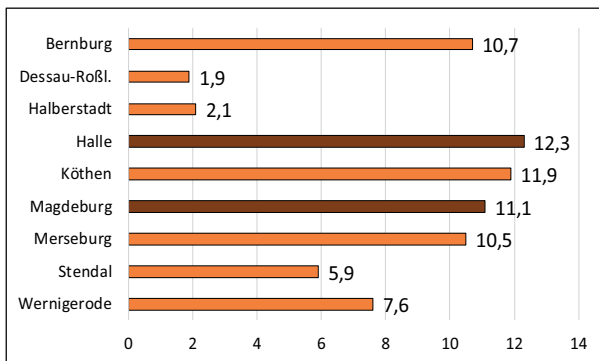
tionieren hängt jeweils von bestimmten Bedingungen ab:

- **Kooperationsverträge** sind Rahmung. Für sich genommen bewirken sie i.d.R. nichts. Sie entfalten Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen, nicht aber deren Ausgangspunkt bilden.

- Regelmäßige **Treffen auf Leitungsebene** (Rektor.in und OB) hängen von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Unterstützung ab, etwa durch Maßnahmenpläne.

- **Lenkungsausschüsse** funktionieren am ehesten da, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen, das heißt: nicht sämtliche Interessenten.

Hochschulangehörige je 100 Einwohner in sachsen-anhaltischen Hochschulstädten



- Jährlich aktualisierte **Maßnahmenpläne** zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.

- **Stabstellen „Wissenschaft“ in Stadtverwaltungen** funktionieren – da Städte

in Bezug auf Hochschulen kaum über Steuerungsmechanismen verfügen – nur als Dienstleister, und das wiederum nur, wenn sie auch tatsächliche Dienste leisten können, d.h. Ressourcen (materielle und immaterielle) organisieren können.

■ **Verpflichtende Berichterstattungen** an das jeweilige Stadtparlament erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die Hochschulen), etwas Vorzeigbares berichten zu können, also zuvor etwas zu unternehmen.

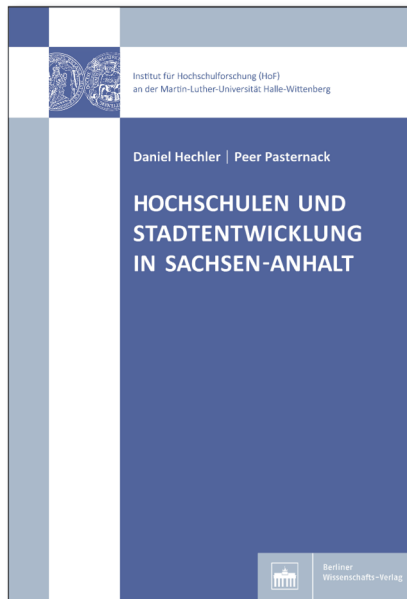
Auch an die Hochschulen selbst bleiben die lokalen Erwartungen, die an sie adressiert werden, nicht ohne Echo. Hier ist unterdessen eine Art **Standardrepertoire** an stadtbezogenen Aktivitäten etabliert, das sich an praktisch allen Hochschulen findet. Zu diesem Repertoire zählen:

- Kinderuni
- Seniorenuniversität
- Weiterbildungsangebote
- Career Center
- Technologie-Transfer-Zentrum
- Existenzgründer-Unterstützung
- Lange Nacht der Wissenschaften
- Kooperation mit lokalen Gymnasien

Dieses Standardrepertoire beinhaltet also Hochschulaktivitäten, die sowohl auf **ökonomische** Wirken zielen als auch auf die **nichtökonomischen** Voraussetzun-

gen lokaler Entwicklungen bzw. auf Wirkungen in sozialen oder kulturellen Bereichen abstellen.

Im Ergebnis der Untersuchung werden förderliche und hemmende Faktoren, notwendige Resonanzbedingungen für Hochschulen an ihren Sitzorten und umgekehrt für die Sitzorte in ihren Hochschulen sowie Handlungsoptionen für die Kooperation beider formuliert.



✉ **Ansprechpartner** beim Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF): Prof. Dr. Peer Pasternack (peer.pasternack@hof.uni-halle.de), Dipl.-Soz. Steffen Zierold (steffen.zierold@hof.uni-halle.de)

✉ Daniel Hechler/Peer Pasternack: **Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt**, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018; Inhaltsverzeichnis und Zentrale Ergebnisse unter <http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/LSA-Hochschule-Stadtentwicklung-Ergebnisse.pdf>

Neue Forschungsstelle Innovative Kommunalentwicklung und Daseinsvorsorge

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG, INTERDISZIPLINÄRE WISSENSCHAFTLICHE EINRICHTUNG GENOSSENSCHAFTS- UND KOOPERATIONSFORSCHUNG (IWE GK) – Um auf veränderte Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft reagieren zu können, sind innovative Konzepte der Kommunalentwicklung und der Daseinsvorsorge gefragt. Dem Ziel, diese zu entwickeln, hat sich die jüngst eröffnete Forschungsstelle „FINKO“ verschrieben.

In den letzten Jahren zeigt sich vielerorts eine Tendenz zur Einschränkung von kommunalen Leistungsangeboten, während die Anforderungen an die Bereitstellung entsprechender Angebote aufgrund des wachsenden Standortwettbewerbs steigen. Zugleich wünschen sich viele Menschen, dass kommunal angebotene Leistungen (z.B. im Schulwesen oder im Bereich von Sport- und Freizeitaktivitäten) stärker auf ihre individuellen Bedarfe zugeschnitten sein sollten. Eine – z.T. hiermit verbundene – weitere neue Entwicklung liegt in der **wachsenden Bereitschaft zahlreicher Menschen zur Eigeninitiative** und zum Einsatz eigener Ressourcen für das Zustandekommen von lokalen Leistungsangeboten, die der Allgemeinheit (der „örtlichen Gemeinschaft“) zugutekommen.

Die Ursachen für den Rückbau kommunaler Aktivitäten und Leistungen der „Daseinsvorsorge“ werden vielfach unter Schlagworten wie „demographischer Wandel“ oder „Landflucht“ diskutiert. Vor allem in ländlich-peripheren sowie altindustriell geprägten Räumen kann sich eine **Abwärtsspirale** entwickeln:

Wenn jüngere und besser ausgebildete Menschen abwandern, die kommunalen Einnahmen aufgrund fehlender privatwirtschaftlicher Aktivitäten schrumpfen, deshalb und aufgrund unzureichender Auslastung gemeindliche Einrichtungen schließen müssen und dieser Abbau dann weitere Abwanderungen provoziert.

Länder und Bund reagieren auf diese Problematik bislang mit **betagten Rezepten**, die nicht mehr gegenstandsgerecht bzw. überholt erscheinen. In erster Linie sind dies Maßnahmen zur **Zentralisation und räumlichen Konzentration**:

- Fusionen von Gebietskörperschaften auf der Kreis- und Gemeindeebene („Gebietsreformen“) und/oder
- Kompetenzverlagerungen auf höhere administrative Ebenen („Funktionalreformen“).

Diese Maßnahmen sind bestenfalls bedingt dazu geeignet, der Abwärtsspirale entgegen zu wirken. Sie haben zudem negative Nebeneffekte. Es entsteht eine **zunehmende Bürgerferne** der für die Vor-Ort-Versorgung zuständigen Einheiten.

Ferner wird eine **gefühlte Anonymisierung** gefördert, da vor Ort (wahrgenommen) keine oder wenige Ansprechpartner für Probleme existieren. Dies kann ein Gefühl der individuellen Ohnmacht und die Wahrnehmung, bereits weitgehend „abgeschrieben“ zu sein, hervorruufen.

Die durch solche Tendenzen ausgelösten Widerstände in der Bevölkerung gegen weitere Zentralisationstendenzen sind in jüngster Zeit verstärkt sichtbar geworden. Sie haben u.a. dazu geführt, dass in Brandenburg sowie in Thüringen die Bestrebungen für eine Kreisgebietsreform

vorerst gescheitert sind. Folglich muss nach neuen **Lösungen zur Sicherung** der Versorgung mit Leistungen der lokalen **Daseinsvorsorge** gesucht werden. Kooperative Ansätze können ein Lösungsweg sein:

■ Bürgerschaftliche **Selbsthilfegruppen** können dazu beitragen, die skizzierte Abwärtsspirale zu stoppen und die Trägerschaft für bislang kommunale Einrichtungen übernehmen. Solche Gruppen können Leistungen anbieten, für die vom privaten Sektor nicht mehr flächendeckend bzw. hinreichend gesorgt wird (z.B. Dorfläden). Damit werden Ressourcen mobilisiert, die den betreffenden Regionen sonst nicht zur Verfügung stünden oder (wie das Geldvermögen der Mitglieder von Genossenschaften) vermutlich in andere Regionen abgefließen wären.

■ Darüber hinaus sind als Folge des direkten bürgerschaftlichen Engagements positive Nebeneffekte wie die **Förderung des sozialen Zusammenhalts** und eine

lokale **Identitätsstiftung** zu erwarten. Als tragfähige Organisationsform solcher bürgerschaftlichen Gruppen bietet sich die kooperative Rechtsform als Genossenschaft an.

■ Die **Kooperation zwischen benachbarten Kommunen** kann dazu beitragen, dass auch innerhalb von bestehenden kleinräumigen Gebietsstrukturen Größenvorteile genutzt werden können – ohne die lokale Identität zu gefährden.

Entsprechende Interkommunale Kooperationsvorhaben (IKV) haben im ländlich-peripheren Raum seit einigen Jahren zunehmend Konjunktur. Allerdings dürften hier

noch längst nicht alle Potenziale hinreichend genutzt werden.

Nicht nur in schrumpfungsgeprägten, wirtschaftlich eher schwachen Regionen sind innovative Bearbeitungen kommunaler Herausforderungen gefragt. So stellt die **Strukturverbesserung einer Herausforderung in großstädtischen Ballungszentren** dar.

In den großen Städten und Metropolen besteht grundsätzlich kein Mangel an Ressourcen. Aber auch dort zeigt sich vielfach eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den überlieferten und vielfach sehr schematischen Leistungsangeboten der Kommunen. Es gibt den Wunsch nach mehr Vielfalt und einer Anpassung bzw. Erweiterung der Leistungsangebote. Letzteres kann sich auf die Bedingungen in einzelnen Stadtteilen oder die speziellen Bedarfe einzelner Bevölkerungsgruppen beziehen. Eine große Rolle spielt hierbei der Wunsch, die eigene lokale Umgebung aktiv mitzugestalten. Die Etablierung von bürgerschaftli-

*Etablierte Revitalisierungs-
Maßnahmen setzen auf Zentralisation und
Konzentration kommunaler Leistungen –
die Wirkung dessen ist angesichts der
Erfahrungen des letzten Jahrzehnts
anzuzweifeln*

chen Beteiligungsformen lässt sich durch die Gründung bürgerschaftlicher Selbsthilfegruppen fördern. Über die positiven Effekte einer „passgenaueren“ Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge hinaus strahlen derartige Aktivitäten auf die jeweilige Großstadt insgesamt und ihr Image aus.

Für ländlich-periphere und altindustrielle Regionen, aber gerade auch für die Metropolen und für wirtschaftlich prosperierende städtische Zentren hat sich der Wettbewerb um die Ansiedlung von privaten Haushalten sowie von Unternehmen in letzter Zeit immer weiter verschärft. Hierbei spielt der demographische Wandel im Sinne einer tendenziell schrumpfenden Gesamtbevölkerung eine

wesentliche Rolle. Um im Wettbewerb weiter mithalten zu können, müssen sowohl Effizienzreserven beim Angebot kommunaler Leistungen aktiviert als auch zusätzliche Leistungen angeboten werden, um attraktiver als die Wettbewerber dazustehen.

Auch für diesen Zweck sind **Interkommunale Kooperationsvorhaben** (IKV) grundsätzlich geeignet, nicht zuletzt auch im Rahmen der Formierung von sog. Metropolregionen. Diese sollen die wirtschaftliche Position des jeweiligen Metropolenkerns und seiner Umlandkommunen durch Kooperation und Maßnahmen zur Koordination relevanter wirtschaftlicher Aktivitäten stärken.

☒ **Ansprechpartner** bei der Forschungsstelle Innovative Kommunalentwicklung und Daseinsvorsorge (FINKO): Prof. Dr. Winfried Kluth (winfried.kluth@jura.uni-halle.de)

☒ **Weitere Informationen:** <http://kluth.jura.uni-halle.de/finko>

Kommunale Investitionen richtig dosieren

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH) – Kommunen in Deutschland investieren unterschiedlich viel. Das ist angesichts der unterschiedlichen Finanzkraft zu erwarten. Allerdings müssten die Kommunen die künftigen Nutzungsintensitäten ihrer Infrastrukturen beachten, die sich aus den demographischen Veränderungen ergeben. Dies tun nicht alle Kommunen. Stärkeres Antizipieren der künftigen Bevölkerungsentwicklung ist notwendig.

Das IWH ist der Frage nachgegangen, inwiefern Kommunen in ihrer Investitionstätigkeit künftige demografische Veränderungen beachten. Zu diesem Zweck werden **Einflussfaktoren auf die kommunalen Investitionen** untersucht. Es wird gefragt, wie der kommunale Kapitalstock aussieht, wenn weiter so wie bisher investiert würde, und was sich er-

gibt, wenn die kommunalen Investitionen stärker nivelliert würden.

Forscher warnen, dass **ein Schrumpfen der Bevölkerung nicht durch höhere kommunale Investitionen aufgehalten werden kann**. Es ergäben sich Überinvestitionen in Regionen, deren Einwohnerzahl schrumpft, und Unterinvestitionen in wachsenden Regionen.

Diese Befürchtungen werden durch die IWH-Analyse bestätigt. Zwar zeigt sich ein positiver Einfluss des Wachstums der Bevölkerung auf die Sachinvestitionen. Allerdings wird auch suboptimales Investitionsverhalten sichtbar:

- Eine ganze Reihe von Kommunen, die bis 2035 moderat, also zwischen einem und 10 % wachsen, investieren vergleichsweise wenig.
- Dagegen nehmen Kommunen, deren Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum voraussichtlich schrumpfen wird, zum Teil vordere Plätze bei den Investitionen je Einwohner ein.

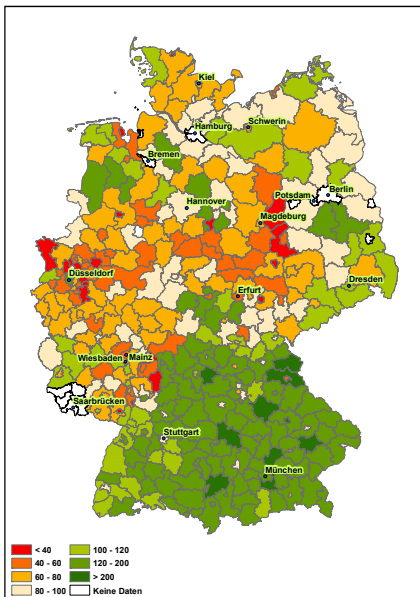
Wodurch wird die kommunale Investitionstätigkeit über die künftige Einwohnerentwicklung hinaus noch beeinflusst?

- Die Regressionsergebnisse zeigen, dass die Rolle der Ausgangsausstattung

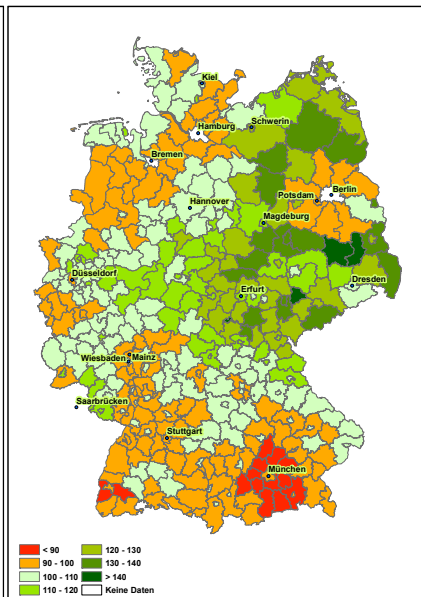
untergeordnet ist. Auch ein Zusammenhang mit der existierenden Infrastrukturqualität lässt sich statistisch nicht nachweisen.

- Die kommunale Finanzausstattung hat Einfluss. Die zweckgebundenen Zuschüsse wirken dabei stärker als die freie Spitze. Ferner differieren die Investitionen je Einwohner zwischen den Bundesländern. Dies ist in Bayern und Baden-Württemberg der Fall. Eine Kommune in Bayern, deren prognostizierte Bevölkerungsentwicklung sich tendenziell ungünstig darstellt, investiert mehr als eine in finanzschwachen Bundesländern.
- Der Einfluss der Siedlungsstruktur auf die Pro-Kopf-Investitionen ist nicht eindeutig. Mithin lässt sich nicht zeigen, dass im dünn besiedelten ländlichen Raum die Investitionen vergleichsweise gering sind. Auch eine kleinteilige Ge-

*Kommunaler Kapitalstock 2035 je Einw.
(Mittelwert 2035 = 100) – Weiter-wie-bisher-Szenario*



*Kommunaler Kapitalstock 2035 je Einw.
(Mittelwert 2035 = 100), wenn Investitionen
bis 2035 vollkommen nivelliert werden*



meindestruktur beeinflusst das Investitionsniveau nicht. Alles in allem bleibt als wichtigster Einflussfaktor die erwartete Entwicklung der Einwohnerzahl. Es geht also bei der Frage, wieviel investiert wird, um die Intensität der künftigen Nutzung der Infrastrukturen.

Eine **Modellrechnung**, die ein „Weiter so“ bei der kommunalen Investitionstätigkeit bis 2035 unterstellt, lässt keinen flächendeckenden Substanzverzehr beim Kapitalstock in Ostdeutschland erkennen. Lediglich zwei Städte, nämlich Halle (Saale) und Jena, würden im Jahr 2035 unter Berücksichtigung der Einwohnerveränderung einen sehr geringen Kapitalstock je Einwohner aufweisen. Eine Reihe ostdeutscher Regionen würde einen überdurchschnittlichen Kapitalstock aufweisen. Auffällig ist, dass der Kapitalstock der Kommunen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt künftig unterdurchschnittlich wäre.

Eine zweite **Modellrechnung** untersucht die regionalen Unterschiede beim kommunalen Kapitalstock im Jahr 2035 **unter der Annahme von nivellierten Investitionen**. Der Grund für diese Annahme liegt in der Ausgestaltung von einigen staatlichen Zuweisungsprogrammen, indem sie Mittel vor allem für Regionen vorsehen, die finanzschwach sind und schrumpfen. Diese Rechnung weist auf eine künftige Schieflage hin. In süddeutschen Wachstumsregionen gäbe es einen Kapitalstock, der unterdimensioniert ist. Dagegen ist in zahlreichen ostdeutschen Schrumpfungsregionen eine zum Teil geringe Nutzung der Infrastrukturausstattung zu erwarten.

Die **Infrastrukturpolitik sollte sich also an der künftigen Nutzungsintensität orientieren**, frühzeitig und stärker die künftigen demographischen Veränderungen beachten sowie eine Politik von mehr Zuschüssen an schrumpfende Regionen vermeiden.

✉ **Ansprechpartner** beim Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Prof. Dr. Reint E. Gropp (president@iwh-halle.de)

✉ Martin Altemeyer-Bartscher/Reint E. Gropp/Peter Haug: **Der demographische Wandel und kommunale Investitionen**, IWH-Online 1/2017, Halle (Saale) 2017; https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/iwh_online/io_2017-01.pdf

Landeszentrum Jugend + Kommune: Dialog schaffen, Partizipation fördern

KINDERSTÄRKEN E.V. STENDAL – Gemeinsam Kommune gestalten – wie kann das gelingen? Wie können Kinder und Jugendliche stärker einbezogen werden? Das Landeszentrum Jugend + Kommune unterstützt, berät und begleitet die Kommunen und Gemeinden Sachsen-Anhalts bei dieser Aufgabe.

Kinder und Jugendliche haben in den Kommunen meist **nur wenige Mitsprachemöglichkeiten**. Wenn vorhanden,

sind diese Möglichkeiten oft mit hohen Hürden versehen. Selten werden Kinder und Jugendliche einbezogen, wenn z.B.

das Angebot eines Jugendtreffs überarbeitet werden soll oder Bauvorhaben in ihrem Wohnumfeld anstehen.

Was die Kinder wollen könnten, wird häufig von Erwachsenen erdacht und geplant. Am Ende sind nicht selten weder die Kinder und Jugendlichen noch die Erwachsenen mit der Umsetzung zufrieden. Häufig sind es fehlende Ideen und Methoden, die die Einbindung verhindern. In Sachsen-Anhalt soll sich das nun ändern.

Seit November 2017 wird das Landeszentrum Jugend + Kommune durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gefördert; KinderStärken e.V. ist mit der Umsetzung beauftragt. Das **Landeszentrum unterstützt, berät und begleitet Kommunen**. Dabei ist es wichtig, alle Menschen in Kommunen zusammenzubringen – Kinder, Jugendliche, Politik, Verwaltung und Jugendarbeit.

Die vielen An- und Nachfragen beim Landeszentrum zeigen den großen Bedarf. Offenbar besteht ein großes Interesse an Fort- und Weiterbildung sowie Beratung zu Theorie und Praxis von Kinder- und Jugendbeteiligung.

Das gesteigerte Interesse hängt mit der Aufnahme der Sollvorschrift für die **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** in das **Kommunalverfassungsgesetz** zusammen. Anfragen kommen ebenso von Kommunen und Gemeinden wie von Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie spezifischen Abteilungen in den Verwaltungen (z.B. Jugendamt). Aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenfelder variiert auch die Bandbreite der inhaltlichen Themen.

Um dem Bedarf an Weiterbildung und des Austausches nachzukommen, wurde

eine **Qualifizierungsreihe zur Beteiligungsmoderation entwickelt**. Inhalte sind u.a. rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen, Beteiligungsmethoden und partizipative Qualitätsentwicklung. Die Qualifizierungsreihe wird derzeit von zwölf Personen aus acht Kommunen Sachsen-Anhalts in Anspruch genommen. Die Teilnehmenden haben einen diversen fachlichen Hintergrund und Wirkungskreis, kommen u.a. aus Verwaltungen und von freien Trägern.

In einem **Ideenwettbewerb** zu Jahresbeginn konnten sich Kommunen um eine engere

Begleitung und finanzielle Unterstützung bewerben. Die Reaktionen aus den Kommunen sowie die Anfragen zu einem neuerlichen Wettbewerb zeigen den großen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. **Fünf Modellkommunen werden unmittelbar bei der Umsetzung ihrer Vorhaben begleitet**.

Sie probieren verschiedene Beteiligungsformate und Methoden aus und dokumentieren ihre Erfahrungen. Diese werden auch anderen Interessierten zur Verfügung stehen. Gleichzeitig treten Menschen aus den unterschiedlichen Kommunen in einen Dialog, um sich über ihre Ideen, Erfahrungen und Herausforderungen auszutauschen.

Bestehende **gute Beispiele zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung werden** in Sachsen-Anhalt bislang **nur wenig sichtbar**. Das Landeszentrum erarbeitet derzeit eine Zusammenstellung von Projekten und Ansätzen. Zudem sammelt das Landeszentrum Fach- und Methodenwissen, bereitet es auf und stellt es den Kommunen im Land zur Verfügung.

Neben der Stärkung der Fachkräfte und erwachsenen Akteure möchte das Landeszentrum auch Kindern und Jugendlichen Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten bieten. Dazu findet Ende 2018 ein **landesweites Jugendcamp** in Wernigerode statt. In diesem können sich bereits engagierte Jugendliche sowie Jugendliche, die dieses Thema in ihrer Kommune anstoßen möchten, treffen. Ziel ist es, die Beteiligten zu befähigen, sich für ihre Themen in ihrer Kommune einzusetzen, damit Entscheidungen nicht mehr an Kindern und Jugendlichen vorbeigetroffen werden.

Um langfristig eine **gelingende kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung** in Sachsen-Anhalt zu etablieren, **bedarf es Standards**. Diese werden in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Akteuren aus Politik und der Beteiligungsarbeit für das Land Sachsen-Anhalt entwickelt. Dabei wird den besonderen Herausforderungen, die etwa mit dem ländlichen Raum und demografischen Entwicklungen verbunden sind, Rechnung getragen.

✉ **Ansprechpartnerin** bei KinderStärken e.V. An-Institut der Hochschule Magdeburg-Stendal: Maria Burkhardt (maria.burkhardt@kinderstaerken-ev.de)

✉ **Weitere Informationen:** www.jugend-kommune.de und www.kinderstaerken-ev.de/jugend-kommune

Mobilität im ländlichen Raum

KOMPETENZZENTRUM SOZIALE INNOVATION SACHSEN-ANHALT (KOMZ) – Das KomZ hat am 30. Mai 2018 in Weißenfels eine Tagung zur Mobilität im ländlichen Raum veranstaltet. Vorge stellt wurden innovative Projekte und deren Mobilitätsstrategien. Diskutiert wurden Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie deren überlokale Übertragbarkeit.

Mobilität meint **mehr als die reine Bewegung**. Vielmehr ist Mobilität das Potenzial zur Bewegung. Das schließt die Rahmenbedingungen, die Mobilität ermöglichen oder erschweren, ein. Im Kontext des ländlichen Raumes stellt die Mobilitätsanforderung fundamentale und neuartige Fragen. Angesichts der demografischen Entwicklung wird die Aufrechterhaltung der sozialen wie technischen Infrastruktur zu einer besonderen Herausforderung.

Kommunale Akteure müssen Antworten finden, wie für Angehörige aller Altersgruppen der Zugang zu allgemeiner wie medizinischer Versorgung, die Teilhabe an Bildung, Kultur und Freizeit, die Erreichbarkeit von Arbeit und Ausbildung gewährleistet werden kann. Es bedarf innovativer Angebotsformen, die einerseits die

Menschen im ländlichen Raum erreichen und die andererseits die Notwendigkeit von Mobilität verringern.

Der Landeshistoriker Prof. Dr. Mathias Tullner zeigte eingangs der Tagung an historischen Beispielen, dass der ländliche Raum zwar stets großen Herausforderungen ausgesetzt war, aber immer Potenzial für (technische und soziale) Innovationen hatte.

Als bemerkenswert erwies sich, wie vielfältig und mit wieviel bürgerschaftlichem

KomZ-Tagung „Mobilität im ländlichen Raum“



Engagement Lösungsansätze entwickelt werden, um Mobilitätsbedarfe im ländlichen Raum zu decken. **Zielgruppennahe Angebote ortsunabhängig zu gestalten**, ist einer der gezeigten Lösungsansätze.

Exemplarisch dafür ist das JULE-Mobil des Bördekreises. Dabei handelt es sich um einen **mobilen Jugendclub**, der durch die kleinen Ortschaften der Gemeinde Hohe Börde fährt, in denen keine durch Sozialarbeiter:innen betreuten Einrichtungen für Jugendliche vorgehalten werden. Er bietet den Jugendlichen einen Treffpunkt und eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

Ein weiterer Ansatz ist, digitale Lösungen im Bildungsbereich und im Einzelhandel weiter auszubauen.

Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Infrastruktur und eine niedrigschwellige Handhabbarkeit der digitalen Lösungen. Gute Beispiele

dafür sind der „**schulische E-Learning-Service Sachsen-Anhalt**“ (SELESSA) oder die **Online-Plattform der Einzelhändler** in Lutherstadt Eisleben:

■ Die E-Learning-Plattform bietet Schüler:innen die Möglichkeit, orts- und zeitunabhängig auf Unterrichtsmaterialien und Lerninhalte zuzugreifen. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass sich Lehrer:innen und Mitschüler:innen im virtuel-

len Raum austauschen können. Die Gestaltung des Unterrichts wird dadurch partizipativer, eigenmotivierter und flexibler.

■ Die Online Plattform in Lutherstadt Eisleben bündelt das Warenangebot der ortsansässigen Einzelhändler und unterstützt lokale Konsumstrukturen. Viele Einzelhändler beklagen die Konkurrenzsituation mit dem Online-Handel sowie den großen Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Die Geschäfte des Einzelhandels verschwinden zusehends aus den Innenstädten, umfänglicher Leerstand und Unattraktivität der Innenstädte ist die Folge. In Eisleben begegnete man dieser Entwicklung damit, dass die ver-

bliebenen Einzelhändler sich zusammenschlossen und seitdem ihre Waren gemeinsam online präsentieren. Nutzer der Online-Plattform können sich vor dem Einkauf informieren,

die Ware entweder online bestellen oder die vorbestellten Produkte beim Weg in die Innenstadt erwerben.

Die Tagung brachte vielfältigste Akteure samt deren Erfahrungen zusammen und bildete ein Forum zu einem sektorenübergreifenden Austausch zum Thema Mobilität.

☒ **Ansprechpartner:innen** am Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt (KomZ): Prof. Dr. Everhard Holtmann (everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de), Stefan Knopf (knopf@isw-institut.de)

☒ **Weitere Informationen:** <https://soziale-innovation.sachsen-anhalt.de/aktuelles-und-veranstaltungen/mobilitaet-im-laendlichen-raum/die-tagungszusammenfassung-oder-mobilitaet-innovativ-denken/> und https://soziale-innovation.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/Soziale_Innovation/PDF_s/Dokumentation_Mobilitaet.pdf

Gutes Leben auf dem Land?

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG, GERMANISTISCHES INSTITUT – Welche Rolle spielt das Land, wenn es um die Vorstellungen und Erwartungen geht, die Menschen mit einem „guten Leben“ verbinden? Was muss geschehen, damit diese Vorstellungen umgesetzt, das Leben entsprechend „erlebt“ werden kann? Diesen Fragen ging die Tagung „Gutes Leben auf dem Land? Imagination. Projektion. Planung. Gestaltung“ nach.

Der Deutschland-Trend im August 2018 hob es hervor: Mehr als die **Hälfte der Deutschen träumt davon, entweder auf dem Dorf oder in einer Kleinstadt zu wohnen**. Tatsächlich ist es aber nur noch ein Drittel der Bevölkerung, das im ländlichen Raum lebt. Dieses ist häufig mit Ärztemangel, ausgedünnter Infrastruktur, langsamem Internet, anhaltendem Wegzug – zumeist der Jüngeren und besser Ausgebildeten – konfrontiert. Folgende **Herausforderungen** werden dabei offenbar:

■ Auf administrativ-rechtlicher Ebene gilt es, das Verfassungsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet nicht aus den Augen zu verlieren.

■ Übersetzt in persönliche Lebenswelten heißt dies, den Wünschen, Träumen, Erwartungen von Menschen Rechnung zu tragen, die naturnahes Wohnen, überschaubare Nachbarschaft und eine gewisse Vertrautheit im Wohn- und Lebensumfeld schätzen und dies mit dem Ländlichen verbinden.

Es sind nicht zuletzt Hochglanzmagazine, Volkslied-Hitparaden, Fernsehserien oder auch Heimat-Diskurse, die von der Lebendigkeit dieser Erwartungen zeugen.

Sie sprechen damit einen Vorstellungs- und Handlungsraum an, der offensichtlich nicht nur durch Nostalgie oder Kompensationswünsche bestimmt wird. Welche Rolle also spielt das Land, wenn es um die Vorstellungen und Erwartungen geht, die Menschen mit einem „guten Leben“ verbinden? Und was muss geschehen, was geschieht in ländlichen Räumen, damit diese Vorstellungen eines guten Lebens dort umgesetzt, das Leben entsprechend „erlebt“ und auch gestaltet werden kann?

Diesen Fragen ging die Tagung „Gutes Leben auf dem Land? Imagination. Projektion. Planung. Gestaltung“ in Halle nach. Innerhalb des

Rahmenthemas, das bewusst die **Verbindung von Planen und Gestalten mit den schöpferischen Kräften der Phantasie und**

damit auch den Künsten herzustellen suchte, äußerten sich Wissenschaftler.innen ganz unterschiedlicher Forschungsfelder und Zugänge. Beteiligt waren Personen aus der Wasserwirtschaft, Bevölkerungsstatistik, Raumplanung, aus den Sozialwissenschaften sowie Medien- und Literaturwissenschaften.

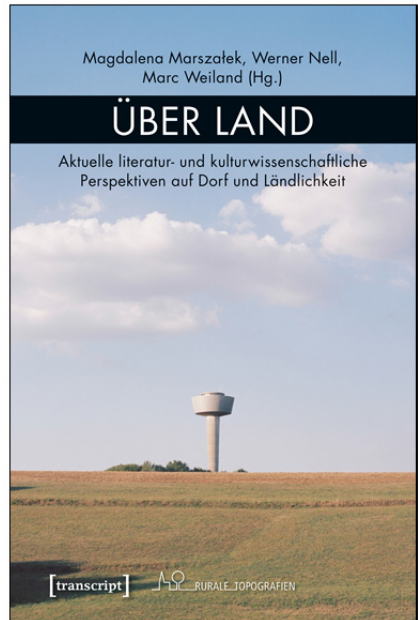
Historische Fallstudien, etwa zur Künstlerkolonie Drispeth in den Zeiten der DDR, trafen in der Diskussion auf Untersuchungen zu Marketingmöglichkeiten in

*Das Ländliche wird mit
naturnahem Wohnen, überschaubarer
Nachbarschaft und Vertrautheit positiv
besetzt. Demgegenüber stehen reale
Versorgungsprobleme und
anhaltender Wegzug*

ländlichen Räumen. Globale Narrative des Ländlichen wurden ebenso thematisiert wie neue Trends – etwa dem „Nature Writing“.

Auf zwei Abendveranstaltungen **berichteten Schriftsteller** ihre Erfahrungen mit dem Ländlich-Kleinstädtischen bzw. dessen Verarbeitung in ihren Texten. **Andreas Maier** sprach darüber, warum er aktuell so viele Einladungen erhält und was die Begriffe Provinz, Dorf und Heimat damit zu tun haben könnten. **Alina Herbing** berichtete, wie sie „zur Expertin für das Landleben wurde“. Die Ergebnisse der Tagung werden 2019 veröffentlicht.

Aus den Arbeitszusammenhängen zum Thema sind bislang sechs Bücher hervorgegangen, die in der Reihe „Rurale Topographien“ erschienen sind.



☒ **Ansprechpartner** am Germanistischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Prof. Dr. Werner Nell (werner.nell@germanistik.uni-halle.de)

☒ Magdalena Marszałek/Werner Nell/Marc Weiland (Hg.): **Über Land. Aktuelle Literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Dorf und Ländlichkeit**, transcript, Bielefeld 2018

☒ Christoph Baumann: **Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Landlust**, transcript, Bielefeld 2018

☒ Sigrun Langner/Maria Frölich-Kulik (Hg.): **Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt**, transcript, Bielefeld 2018

☒ **Weitere Informationen:** www.dorfatlas.uni-halle.de

Das Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt stellt sich vor

Was zu allen Zeiten galt, gilt auch für die Gegenwart: Gesellschaften sind Modernisierungsprozessen unterworfen und daher mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Um dem Klimawandel, dem Demografischen Wandel sowie den mit der Digitalisierung verbundenen kulturellen wie industriellen Veränderungen zu begegnen und sie sozial verträglich zu gestalten, bedarf es sozialer Innovationen. Solche in Sachsen-Anhalt sichtbar zu machen, zu fördern und neu zu initiieren, sind die Ziele des 2017 gegründeten Kompetenzzentrums.

In Sachsen-Anhalt besteht bereits eine vielfältige Landschaft an Akteuren, die auf die Herausforderungen innovative und kreative Antworten parat haben. Das Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt (KomZ) besteht als Projektverbund aus dem Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH), dem Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw), dem Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung (IFF) und dem Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS). Gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt hat das KomZ seine Arbeit 2017 aufgenommen.

Der Auftrag lautet, **Wissen zu sozialen Innovationen zu generieren**, aufzuberei-

ten und auf einer **Wissensplattform** bereitzustellen, den Dialog zu sozialen Innovationen zu gestalten und die Akteure zu vernetzen sowie innovative **Pilotvorhaben** zu initiieren.

Die Aktivitäten erfolgen in den Themenfeldern Arbeit, Alter, Gesundheit und sozialer Zusammenhalt. Erste Vorhaben zu „Arbeit 4.0“, „Pflege im Quartier“ und zum „Aufbau eines Gesundheits- und Pflegebündnisses“ wurden im August 2018 durch das KomZ ausgeschrieben.

In einem Wissensspeicher werden sozial innovative Initiativen und Projekte aus Sachsen-Anhalt gesammelt, aufbereitet und online veröffentlicht. Schon jetzt sind **400 Projekte im Wissensspeicher** abrufbar. 160 davon sind bereits mit kurzen Profilbeschreibungen („Steckbriefen“) zu ihrem innovativen Gehalt dargestellt. Einige sind als „Leuchtturmprojekte“ ausgewiesen und einige mit Videos bildlich dokumentiert. Die „Steckbriefe“ sind über die Homepage des KomZ abrufbar, auf der dortigen Landkarte lokalisierbar und werden über soziale Medien regelmäßig publik gemacht.



Den Dialog landesweit zu gestalten, Akteure zu den einzelnen Themenbereichen zu vernetzen, ist ein grundsätzliches Anliegen des KomZ. Vor diesem Hintergrund ist die **Veranstaltungsreihe „Sachsen-Anhalt sozial und innovativ“** ins Leben gerufen worden. Neben den begleitenden Veranstaltungen zu den ausge-

schriebenen Pilotvorhaben findet jährlich eine **Aktionswoche** statt. Ergänzend dazu werden jährlich Tagungen und Workshops durchgeführt, die inhaltlich nicht nur sämtliche vier Themenfelder des KomZ berühren, sondern auch Querschnittsthemen, so zum Beispiel Digitalisierung oder Mobilität, behandeln.

✉ **Ansprechpartner.innen** am Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt (KomZ): Prof. Dr. Everhard Holtmann (everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de), Sylvia Lietz (lietz@isw.institut.de)

✉ **Weitere Informationen:** www.soziale-innovation.sachsen-anhalt.de

Veranstaltungen

FINKO-Jahrestagung **LOKALE POLITIK INNOVATIV GESTALTEN** – 26.10.2018 – Hallischer Saal der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Infos: <https://kluth.jura.uni-halle.de/finko>

Konferenz **REGIONALPOLITIK NEU DENKEN** – 30.10.2018 – Hamburgische Landesvertretung Berlin, Infos: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/konferenzen-detail/regionalpolitik-neu-denken.html>

AKTIONSWOCHES „GESUNDHEIT STÄRKEN!“ – 12.-16.11.2018 – mehrere Städte in Sachsen-Anhalt, Infos: <https://soziale-innovation.sachsen-anhalt.de/aktuelles-und-veranstaltungen>

DGD/BBSR-Dezembertagung **DAS NEUE WACHSTUM DER STÄDTE. IST SCHRUMPUNG JETZT ABGESAGT?** – 6./7.12.2018 – Berlin, Infos: <https://kommunen-innovativ.de/das-neue-wachstum-der-staedte-ist-schrumpung-jetzt-abgesagt>

Ringvorlesung für die Bevölkerung **„DIE HUMANE ALTERSGESELLSCHAFT: MEDIZINISCHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNG“**, veranstaltet vom Interdisziplinären Zentrum für Altern Halle (IZAH) und Universitätsklinik und Poliklinik für Herzchirurgie (Prof. Andreas Simm), jeweils 18:00–19:30 Uhr im Universitätsklinikum Halle (Saale), Hörsäle 1 & 2, Ernst-Grube-Str. 40. Termine:

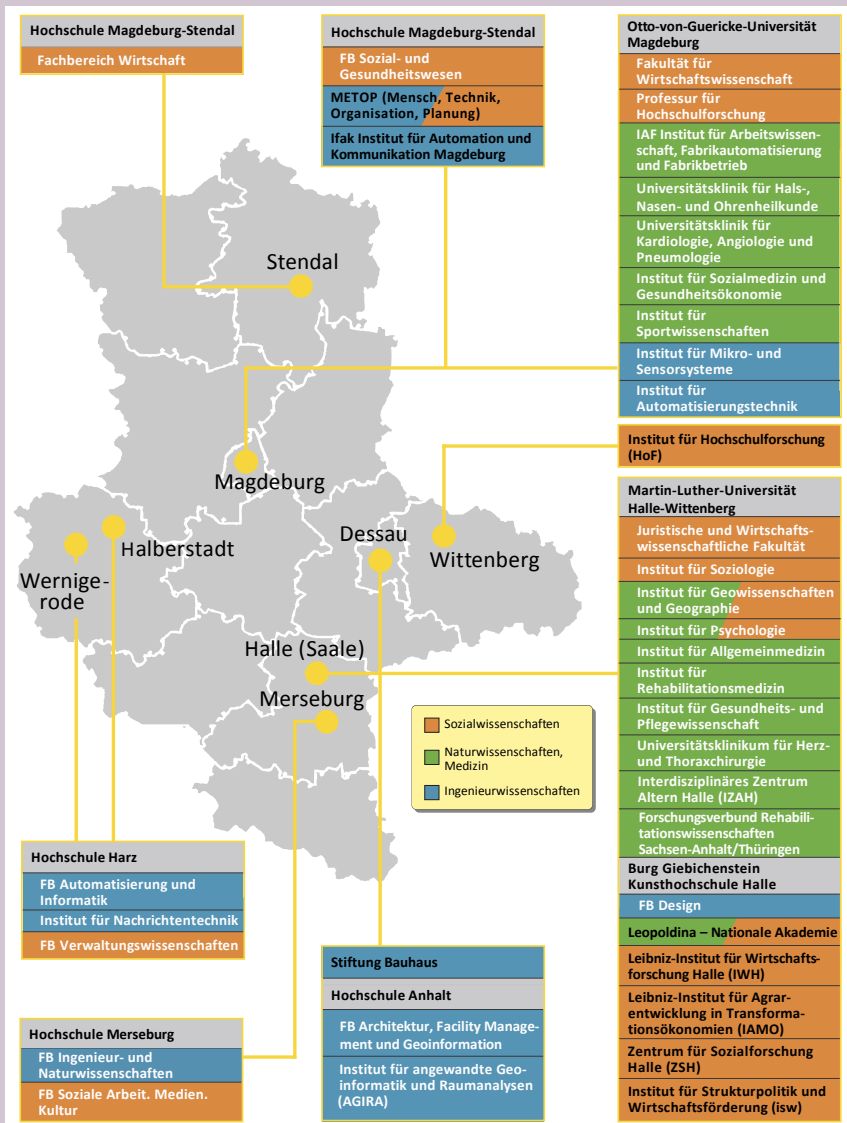
- 8.11.2018: **Sucht im Alter** (Dr. Juliane Hallaschek). 22.11.2018: **Logopädie in der Geriatrie** (Sandra Sittinger). 6.12.2018: **Wohnen im Alter: altengerecht, barrierefrei, sorgenfrei?** (Andreas Fritschek, Marc Schindler). 20.12.2018: **Hallesche Helden der Heilkunst** (Prof. Jürgen Lasch). 10.1.2019: **Schlaganfall: Erkennen und Behandeln** (PD Dr. Kai Wohlfarth). 24.1.2019: **Kognitives Training und Multitaskingfähigkeiten beim Menschen** (Prof. Torsten Schubert).
-

Expertenplattform: die Mitglieder

Die Mitglieder der Expertenplattform arbeiten an Hochschulen, Einrichtungen der außeruniversitären Forschungsorganisationen und an freien Instituten in Sachsen-Anhalt. Die Plattform bietet einen Rahmen, der es neben der Vernetzung ihrer Mitglieder erlaubt, von außen auf diese versammelte Expertise zuzugreifen.

Prof. Birgit Apfelbaum Hochschule Harz, Verwaltungswissenschaften, Halberstadt • **Dipl.-Ing. agr. Franziska Appel** Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Halle (IAMO) • **Dr. Walter Bartl** MLU Halle-Wittenberg, Soziologie • **Prof. Peter Blaser** OVGU Magdeburg, Sportwissenschaft • **Prof. Jörn Borke** Forschungsnetzwerk Frühe Bildung Sachsen-Anhalt (FFB) • **Dipl.-Soz. Sabine Böttcher** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Prof. Rüdiger Braun-Dullaeus** OVGU Magdeburg, Universitätsklinik • **Dipl.-Ing. Heike Brückner** Stiftung Bauhaus Dessau • **Julia Bruns B.A.** Hochschule Harz, Verwaltungswissenschaften, Halberstadt • **Dipl.-Soz. Christina Buchwald** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Maria Burkhardt B.A.** Hochschule Magdeburg-Stendal, KinderStärken e.V. • **Dr. Changxing Dong** Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Halle (IAMO) • **Prof. Ulrich Fischer-Hirchert** Hochschule Harz, FB Automatisierung und Informatik • **Prof. Klaus Friedrich** MLU Halle-Wittenberg, Sozialgeographie • **Prof. Reint E. Gropp** Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) • **Erik Harnau M.Sc.** OVGU Magdeburg, Institut für Arbeitswissenschaft, Fabrikautomatisierung und Fabrikbetrieb (IAF) • **Dr. Gerhard Heimpold** (stellv. EPF-Sprecher) Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) • **Dipl.-Ing. Andreas Herrmann** Institut für Automation und Kommunikation Magdeburg (ifak) • **Prof. Thomas Herzfeld** Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Halle (IAMO) • **Prof. Everhard Holtmann** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Dr. Volker Höcht** Institut für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen (AGIRA) • **Prof. Anita Hökelmann** OVGU Magdeburg, Sportwissenschaft • **Dr. Mieste Hotopp-Riecke** Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt • **Prof. Gundula Hübner** MLU Halle-Wittenberg, Psychologie • **Dr. Patrick Jahn** Translationsregion für digitalisierte Gesundheitsversorgung • **Prof. Robert W. Jahn** OVGU Magdeburg, Humanwissenschaft • **Prof. Ulrich Jumar** Institut für Automation und Kommunikation Magdeburg (ifak) • **Dipl.-Soz. Thomas Ketzmerick** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Prof. Winfried Kluth** MLU Halle-Wittenberg, Jura • **Dipl.-Ing.-Ök. Sylvia Lietz** Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw), Magdeburg • **Prof. Wilfried Mau** MLU Halle-Wittenberg, Interdisziplinäres Zentrum für Altern Halle (IZAH) • **Prof. Werner Nell** MLU Halle-Wittenberg, Germanistisches Institut • **Prof. Peer Pasternack** (EPF-Sprecher) Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) • **Prof. Philipp Pohlenz** OVGU Magdeburg und Hochschulverbund Het LSA • **Dr. Florian Ringel** MLU Halle-Wittenberg, Geowissenschaften und Geographie • **Carlo Reifgerste M.A.** METOP GmbH Magdeburg • **Prof. Reinhold Sackmann** MLU Halle-Wittenberg, Soziologie • **Thomas Schatz M.A.** Hochschule Harz, Verwaltungswissenschaften, Halberstadt • **Dr. Andreas Siegert** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Dr. Sonja Schmicker** METOP GmbH Magdeburg • **Dr. Karsten Schwarz** Translationsregion für digitalisierte Gesundheitsversorgung • **Prof. Andreas Simm** MLU Halle-Wittenberg, Interdisziplinäres Zentrum für Altern Halle (IZAH) • **Prof. Julia Schnitzer-Ungefug** Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften • **Dr. Babette Scurrall** Thünen-Institut für Regionalentwicklung • **Torsten Sowada** Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt • **Dipl.-Soz. Susanne Winge** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Dr. Axel Wolz** Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Halle (IAMO) • **Dipl.-Soz. Bettina Wiener** Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) • **Dr. Gerhard Wünscher** Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) • **Prof. Jürgen Wolf** Hochschule Magdeburg-Stendal, Alternswissenschaft • **Dipl.-Soz. Steffen Zierold** Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demografierelevanten Forschungsaktivitäten



IMPRESSUM

Herausgegeben von der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt

Anschrift: c/o Interdisziplinäres Zentrum für Altern Halle (IZAH), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Ernst-Grube-Straße 40, 06120 Halle (Saale). Newsletter-Bestellungen an: marion.kroebel@uk-halle.de

Redaktion: Peer Pasternack, Steffen Zierold, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Collegienstraße 62, 06886 Wittenberg, eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de